

# 120. Sitzung

am Dienstag, dem 08. Juli 2003, 15.00 Uhr,  
in München

Geschäftliches . . . . .	8902	Staatsminister Huber . . . . .	8902
Geburtstagswünsche für den Abgeordneten <b>Arnulf Lode</b> . . . . .	8902	Dr. Ritzer (SPD) . . . . .	8909
<b>Regierungserklärung</b> des Leiters der Staats- kanzlei, Staatsminister Erwin Huber, zum Thema		Meyer (CSU) . . . . .	8915
<b>„Deregulierung und Entbürokratisierung in Bayern – Vorfahrt für Unternehmergeist und Arbeitsplätze“</b>		Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . .	8917
		Sackmann (CSU) . . . . .	8920
		Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) . . .	8921
		Schluss der Sitzung . . . . .	8922

(Beginn: 15.08 Uhr)

**Präsident Böhm:** Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 120. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten; die Genehmigung wurde erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich einen Glückwunsch aussprechen. Heute feiert Herr Kollege Arnulf Lode seinen Geburtstag.

(Allgemeiner Beifall)

Dazu wünsche ich ihm im Namen des Hohen Hauses und persönlich alles Gute, vor allem Gesundheit und viel Erfolg für seine weiteren Aufgaben – die dann nicht mehr innerhalb des Parlaments liegen werden; er kandidiert nämlich nicht mehr.

In der Diplomatenloge hat eine Delegation der Republik Kasachstan Platz genommen. Ich begrüße den 1. Vize-Minister des Gesundheitsministeriums Kasachstans, Herrn Aidarchanov, Herrn Botschafter Wjatscheslaw Gizatov sowie die weiteren Gäste – darunter drei Parlamentarier – sehr herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Ich wünsche Ihnen im Bayerischen Landtag einen angenehmen und informativen Aufenthalt.

Ich rufe auf:

## Tagesordnungspunkt 1

### Regierungserklärung

**des Leiters der Staatskanzlei, Staatsminister Erwin Huber, zum Thema**

**„Deregulierung und Entbürokratisierung in Bayern – Vorfahrt für Unternehmergeist und Arbeitsplätze“**

Das Wort hierzu hat Herr Staatsminister Huber. Bitte, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Huber** (Staatskanzlei): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer sich mit dem Umfang der Staatstätigkeiten, mit Deregulierung und Verwaltungsvereinfachung beschäftigt, muss eine ehrliche Analyse voranstellen. Tatsache ist leider, dass wir jetzt die höchste Sommerarbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung haben. Deutschland befindet sich in der tiefsten Strukturkrise seit 1949. Deutschland ist beim Wachstum und beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit Schlusslicht in Europa. Zugleich liegt Deutschland bei den Unternehmenspleiten und bei der Staatsverschuldung vorne. Deutschland ist ein Sanierungsfall, wie unser Ministerpräsident vor geraumer Zeit analysiert hat. Das zwingt zum Handeln. Dabei sind die Herausforderungen an Deutschland vielfach formuliert worden: Der globale Modernisierungsdruck mit der weltweiten Mobilität von Kapital und Know-how, der globale Wettbewerbsdruck im Übergang zur Informations- und Dienstleis-

tungsgesellschaft, die demografische Entwicklung und deren Folgen für das soziale Gleichgewicht und die Sozialsysteme. Hinzu kommt: Die EU-Osterweiterung wird gerade für Bayern viele Chancen, aber eben auch einen noch höheren Wettbewerbsdruck bringen.

Europäisierung und Globalisierung heißen nicht nur Wettbewerb und Konkurrenz der Unternehmen, sondern auch Wettbewerb und Konkurrenz der Staaten und Verwaltungen.

Das ist die neue Dimension, meine Damen und Herren. Unternehmen investieren dort, wo sie die besten Rahmenbedingungen vorfinden. Ein verlässlicher Rechtsstaat, ein modernes Bildungswesen, innere Sicherheit, eine gesunde Umwelt, leistungsfähige Verkehrswege, ein attraktives Freizeit- und Kulturangebot – all das sind wichtige Faktoren für Investitionsentscheidungen.

Vor allem braucht die Wirtschaft auch eine effektive öffentliche Verwaltung, die Unternehmergeist nicht hemmt, sondern fördert. Bayern hat hier gute Bedingungen. Das zeigen unsere Erfolge. Meine Damen und Herren, der weltweite Wettbewerb wird aber noch schärfer. Deshalb lautet das ehrgeizige Ziel der Staatsregierung: massiver Abbau von Bürokratiekosten und von Bürokratiezeiten. Wir sehen die öffentliche Verwaltung als wichtigen Standortfaktor für Bayern. Das ist eine neue Qualität im Staatsverständnis.

(Beifall bei der CSU)

Aus diesem Grund hat Ministerpräsident Stoiber im Dezember 2002 eine Deregulierungskommission aus Vertretern von Wirtschaft, Verwaltung und Kommunen unter Leitung von Professor Henzler eingesetzt. Das Ergebnis liegt nun vor. Gestern ist es der Staatsregierung übergeben worden, und schon heute informieren wir den Bayerischen Landtag. Die praxisnahen Vorschläge aus der Wirtschaft sind ein sehr wertvolles Hilfsmittel für Staatsregierung und Landtag, den Weg zu weiterer Entbürokratisierung und Deregulierung entschieden, entschlossen und mutig voranzuschreiten. Im Namen der Staatsregierung, und ich hoffe, auch im Namen des gesamten Hohen Hauses danke ich der Kommission und Herrn Professor Henzler für die in sieben Monaten geleistete Arbeit.

(Beifall bei der CSU)

Professor Henzler ist in der Diplomatenloge anwesend. Er hat die Arbeit der Kommission abgeschlossen und uns eine Hausaufgabe auf den Tisch gelegt. Der Ministerpräsident hat es zur politischen Richtlinie gemacht, die Vorschläge zügig und schnell umzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Deutschland war früher Wachstumsmotor in der Europäischen Union. Heute liegt Deutschland als kranker Mann Europas unter dem Sauerstoffzelt. Die Diagnosen sind längst bekannt. Ein Parameter ist die Fieberkurve für die Staatsquote, die in Deutschland seit Jahrzehnten in der Gesamttendenz steigt. Der Anteil der Staatsausgaben am Bruttosozialprodukt betrug 1960 33%, 1970 39%, 1980 nach elf Jahren sozial-liberaler Koalition dann 48%. In der Folge

schaftete die Regierung Kohl-Waigel eine Trendwende bis zur Wiedervereinigung. 1989 betrug die Staatsquote nur noch 44%, und sie ist jetzt wieder auf nahezu 50% angewachsen. Damit, meine Damen und Herren, wird jeder zweite Euro, der in Deutschland erwirtschaftet wird, über Staats- und Sozialkassen umgeschichtet.

Diese steigende Staatsquote hat natürlich mehrere Ursachen. Eine Ursache liegt in der Ausweitung des Sozialstaates, in den hohen Ausgaben für Schulen und Hochschulen, in den neuen Aufgaben des Umweltschutzes, in den Kosten der Wiedervereinigung. Dies sind sicher alle wichtige politische Ziele. Aber die steigende Staatsquote und das deutsche Regulierungsdickicht sind auch Folge davon, dass das Bedürfnis des Einzelnen nach Schutz und Absicherung durch den Staat stetig gewachsen ist. Der Staat soll oftmals nicht nur die Schwächsten und Bedürftigen absichern, sondern alle. Immer mehr Lebensrisiken sind sozialisiert worden. Viele Bürger erwarten vom Staat eine Reaktion auf neue Risiken und Gefahren – ich nenne nur die Stichworte SARS, Nahrungsmittelskandale oder Flutkatastrophen. Politik und Staat reagieren mit weiteren Regelungen und nicht selten mit einer Ausweitung der Administration.

Meine Damen und Herren, lange Zeit glaubten besonders wir in Deutschland, mit immer ausgefeilteren, immer detailreicheren Vorschriften mehr Gerechtigkeit, mehr Sicherheit und Stabilität zu schaffen. Das ist aber ein Irrweg, selbst wenn große Teile der SPD heute noch diesem Wahn verfallen sind.

(Beifall bei der CSU)

Wer ehrlich ist, muss heute eingestehen: Wir sind insgesamt über das Ziel hinausgeschossen. Man überschätzt den Staat und unterschätzt den Bürger. In der Abkehr vom Subsidiaritätsprinzip einer dynamischen und kraftvollen Gesellschaft wächst diese Krankheit. Sie heißt: zu viel Regulierung von oben, zu wenig Eigeninitiative und zu wenig selbstregulierende Marktkräfte von unten. Aus dem Rechtsstaat wurde vielfach ein Rechtswegestaat, ein labyrinthischer Irrgarten der Behörden und Instanzen. Das Regulierungsdickicht hemmt unternehmerisches Handeln. Der Glaube, jedes Einzelproblem mit einem Gesetz regeln zu müssen, ist ein großer Irrglaube.

(Unruhe bei der SPD)

Meine Damen und Herren, angesichts der Unruhe, die Sie auf der linken Seite zeigen, muss ich feststellen, dass Sie es offenbar immer noch nicht begriffen haben.

(Beifall bei der CSU)

Zur Sanierung Deutschlands – wer kann das eigentlich übersehen und verkennen – sind harte Schritte notwendig, an erster Stelle Senkung der Lohnzusatzkosten und Entlastung von Mittelstand und Selbstständigen. Wer in diesem Zusammenhang sofort von Sozialabbau redet, der erkennt die wahren Sorgen der Menschen und die Probleme des Landes. Meine Damen und Herren, der größte Sozialabbau sind die 4,3 Millionen Arbeitslosen in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb gilt: Sozial ist, was Arbeit schafft. Deshalb ist unser ehrgeiziges Ziel „3 x 40“ richtig, also Senkung der Staatsquote, Senkung der Sozialabgaben und Senkung der Steuern.

Diese Ziele wollen wir erreichen, ohne dass die gigantischen Schuldenberge und Zinslasten der öffentlichen Haushalte weiter wachsen. Von spürbarer Tilgung kann sowieso auf Jahrzehnte hinaus keine Rede sein.

Meine Damen und Herren, der bittere Sachverhalt ist: Deutschland lebt heute auf Kosten der Zukunft; Deutschland lebt heute auf Kosten seiner Kinder und Kindeskinde. Wir in Bayern gehen nicht diesen Weg in den Schuldenstaat. Mit einer Pro-Kopf-Verschuldung von nur 1550 € hat Bayern mit Abstand die geringste Schuldenlast aller deutschen Länder. Wir in Bayern können unseren Kindern und Enkeln deshalb guten Gewissens in die Augen schauen.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt darf ich Ihnen, meine Damen und Herren von der Opposition, den Spiegel entgegenhalten: Hätten wir den Anträgen der SPD-Fraktion allein zum Doppelhaushalt 2003/2004 nachgegeben, hätte dies eine Mehrbelastung von sage und schreibe 5 Milliarden € bedeutet.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Sie gehen jetzt auch im Wahlkampf mit den Anträgen hausieren, die Sie gestellt haben, und beschuldigen uns, wenn wir sie abgelehnt haben. Ich finde: Angesichts der Generationengerechtigkeit, der Verpflichtung zur Nachhaltigkeit, der Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen wäre es unverantwortlich gewesen, diese Mehrausgaben zu akzeptieren.

(Beifall bei der CSU)

Die Sozialdemokratie wendet immer wieder das gleiche Rezept an, nämlich Staatsexpansion auf Pump. Das ist jedoch das Gegenteil von Nachhaltigkeit und von Generationengerechtigkeit. Meine Damen und Herren, eine geringere Staatsquote und weniger bürokratische Lasten sind entscheidende Voraussetzungen für Wachstum und Arbeit. Insbesondere das Handwerk und der Mittelstand brauchen endlich wieder Luft zum Atmen und zum Investieren. Gerade die kleinen Unternehmen bis 20 Mitarbeiter werden durch die Bürokratie besonders belastet.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Meisterbrief!)

Die kleinen Unternehmen haben nicht die gleichen Kapazitäten wie die großen Unternehmen, um mit der Bürokratie fertig zu werden. Der Handwerker hat keine Personal- und Steuerabteilung. Der Existenzgründer hat keine Abteilung für die Bewältigung der Genehmigungsbürokratie. Gerade die kleinen Unternehmen schaffen jedoch den Großteil der neuen Arbeitsplätze und der Lehrstellen, wofür wir diesen kleinen und mittleren Unternehmen unsere aufrichtige Anerkennung zollen.

(Beifall bei der CSU)

Große Unternehmen haben heute Bürokratiekosten in Höhe von rund 100 € pro Jahr und Mitarbeiter.

(Odenbach (SPD): Die Staatsregierung hat mehr!)

Bei kleinen Unternehmen steigen diese Kosten auf bis zu 4000 € pro Jahr und Mitarbeiter an.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie sieht es in Bayern aus?)

Die Bürokratiekosten sind bei Kleinunternehmen, bezogen auf den Gesamtumsatz, in etwa genauso hoch wie die gesamte durchschnittliche Umsatzrendite. Deshalb müssen wir hier ansetzen; denn nicht wenige Kleinunternehmer stellen sich jeden Tag die Frage: Für wen schufte ich eigentlich? Für mein Unternehmen, für meine Familie, für meine Mitarbeiter oder nur noch für den Staat? Das demotiviert junge Handwerksmeister und junge Leute, die sich selbstständig machen wollen. Wir müssen sie wieder ermutigen, Risiken einzugehen, Innovationen einzuführen, Investitionen vorzunehmen und damit Arbeitsplätze zu schaffen.

(Beifall bei der CSU)

Die Frage nach der Bürokratielast ist also begründet. Auf Bundesebene sind allein in den letzten vier Jahren 400 Gesetze und fast 1000 Rechtsverordnungen neu hinzugekommen. Das bedeutet: Rot-Grün steht für mehr Regulierung und mehr Bürokratie. Ich nenne nur die Stichworte Betriebsverfassungsgesetz, Scheinselbstständigengesetz, Teilzeit- und Befristungsgesetz sowie die Riester-Rente mit ihren unverständlichen bürokratischen Regelungen. Das demotiviert insbesondere den Mittelstand.

(Beifall bei der CSU)

Die Schlussfolgerung lautet: Die rot-grüne Bürokratie erstickt Unternehmmergeist und Eigenverantwortung und lähmt die Kreativität. Meine Damen und Herren, sehen Sie nicht, dass wir allein in diesem Jahr etwa 40000 Firmenzusammenbrüche in Deutschland haben werden? Wenn Sie das nicht beunruhigt, sind Sie unfähig, politische Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei der CSU)

Mit dieser Reglementierungswut schadet Rot-Grün der Wettbewerbsfähigkeit und gefährdet damit Arbeitsplätze. In einer ersten Reaktion auf die Vorlage des Berichts der Henzler-Kommission habe ich gelesen, dass die SPD Bayern der Auffassung ist, hier würden soziale Rechte abgebaut. Dies ist erstaunlich, weil diese Reaktion da war, bevor Sie den Henzler-Bericht hatten. Das zeigt aber auch das Blockadedenken. Wer überhaupt nicht mehr in der Lage ist, die gegenwärtigen Regelungen zu überdenken und sofort soziale Komponenten anführt, übersieht, wie diese Regulierungsdichte heute Arbeitsplätze vernichtet und die Schaffung von Arbeitsplätzen verhindert.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe gehört und gelesen, dass der Spitzenkandidat der SPD in Bayern durch die Bierzelte zieht und immer wieder behauptet, die Bayerische Staatskanzlei sei größer als das Weiße Haus. Ich kann nur sagen: Das ist absurd. Ich schlussfolgere: Da die SPD mit falschen Behauptungen punkten will, beweist sie nur, dass sie keine politische Alternative zur erfolgreichen Arbeit der Staatsregierung hat.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren, ich möchte Ihnen gerne einen weiteren Beweis geben.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): Was haben Sie denn bisher bewiesen?)

Einen Beweis für Ihre Alternativlosigkeit und Einfallslosigkeit. Unvergessen ist, dass die SPD im Jahre 1998 in diesem Hohen Hause einen berühmt-berüchtigten Gesetzentwurf zur Schaffung einer Volksfestschutzverwaltung eingebracht hat. Hierzu sollte eine Untere Volksfestschutzbehörde, eine Obere Volksfestschutzbehörde und eine Oberste Volksfestschutzbehörde gehören. Gefehlt hat nur noch die Mittlere Volksfestschutzbehörde und der Beauftragte für den Volksfestschutz. Soviel zum Thema „SPD und schlanker Staat“.

(Beifall bei CSU)

Im Übrigen: Von Volksfesten verstehen wir mehr als Sie.

(Heiterkeit bei der CSU)

Zurück zur schwierigen und bitteren Situation Deutschlands. Der Patient Deutschland ist rot-grün im Gesicht und ringt nach Luft. Unnötige Bürokratie drückt der deutschen Wirtschaft die Luft ab. Unnötige Bürokratie ist der Bazillus dieser Krankheit. Meine Damen und Herren, unnötige Bürokratie ist eine Form der Enteignung von Arbeitszeit, Kapital und Lebensleistung der Menschen. Deshalb brauchen wir eine Trendwende in Deutschland.

(Beifall bei der CSU)

Jeder, der lesen und rechnen kann, sieht, dass Bayern trotz der Probleme in der gesamten Volkswirtschaft – die wir nicht leugnen – in einer vergleichsweise besseren Ausgangslage beim Wirtschaftswachstum, bei der Beschäftigung, bei der Wettbewerbsfähigkeit und bei den staatlichen Investitionen ist. Zu diesen Erfolgen hat sicherlich auch die öffentliche Verwaltung maßgeblich beigetragen. Die Staats- und Kommunalverwaltung in Bayern hat einen hervorragenden Ruf. Meine Damen und Herren von der SPD und den GRÜNEN, da Sie gelegentlich über die so genannte Ministerialbürokratie schimpfen, möchte ich Ihnen einmal Folgendes vor Augen halten: Wenn zwischen Bund und Ländern Konzepte auszuarbeiten sind oder Gesetzentwürfe bewertet werden müssen, wird immer die Kompetenz und die Kapazität der Verwaltung in Bayern gefordert. Diese Kompetenz ist in ganz Deutschland anerkannt. Fragen Sie einmal Ihre Kollegen in Berlin.

(Beifall bei der CSU)

Viele Politiker machen es sich im Umgang mit der Bürokratie leicht. Deshalb will ich betonen: Wir, die wir in Staatsregierung und Landtag in der politischen Verantwortung stehen, dürfen uns nicht entlasten, indem wir vordergründig die Verwaltung kritisieren. Das ist zu billig. Gesetzgeber und Regierung geben vor, was die Verwaltung auszuführen hat. Deshalb ist es zuvörderst die Verantwortung der Politik, die richtigen Rahmenbedingungen zu setzen.

Meine Damen und Herren, unsere Maßnahmen für einen schlanken und effizienten Staat und für mehr Serviceorientierung bedeuten deshalb weder eine Fundamentalkritik noch einen Kahlschlag der Verwaltung. Niemand sollte bezweifeln, dass die bayerische Verwaltung schon jetzt ein gewaltiger Standortvorteil ist.

Ich möchte deshalb gegenüber den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung, die motiviert sind und hervorragende Arbeit im Dienst für den Bürger und die Unternehmen sowie für Bayern leisten, unseren Dank und unseren Respekt zum Ausdruck bringen.

(Beifall bei der CSU)

In der Öffentlichkeit ist von der Opposition im Zusammenhang mit der Henzler-Kommission die Frage gestellt worden: Wo steht Bayern in Deutschland, und was ist bisher geschehen? – Lassen Sie mich dazu einige Bemerkungen machen. Bayern ist schon heute in Deutschland der Maßstab für die Modernisierung der Verwaltung. Bereits 1993 haben wir die Projektgruppe Verwaltungsreform eingesetzt. 1996 hat die Staatsregierung ein 20-Punkte-Aktions-Programm mit einem Gesamtkonzept zur Staats- und Verwaltungsreform beschlossen.

Ich möchte auch der Arbeitsgruppe zur Entbürokratisierung und Deregulierung der Mehrheitsfraktion des Hohen Hauses unter der Leitung des Kollegen Franz Meyer aufrichtig danken für die gute Arbeit in den letzten fünf Jahren.

(Beifall bei der CSU)

Zahlreiche Vorschläge dieser Arbeitsgruppe wurden bereits in die Tat umgesetzt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Was ist das Ergebnis? – Wir haben 1500 Behörden in der staatlichen Verwaltung einschließlich aller Ministerien gründlich reformiert und die Verwaltungsstrukturen gestrafft. Bis Ende des Jahres 2007 werden insgesamt 12600 Stellen in der staatlichen Verwaltung abgebaut. Diese Effizienzsteigerung hat es uns trotz des Sparzwangs ermöglicht, politische Schwerpunkte zu setzen, etwa bei der Bildung, bei der inneren Sicherheit und beim Verbraucherschutz. Hier wurden nicht Stellen gestrichen, sondern neue Stellen geschaffen, ohne dass der Gesamthaushalt in Schieflage geraten ist.

Viele frühere Aufgaben des Staates sind bereits weggefallen, delegiert oder privatisiert worden. Verfahrensabläufe wurden vereinfacht und beschleunigt, zum Beispiel durch die Tätigkeit von Pilot- und Projektmanagern.

Ich möchte Ihnen noch ein sehr eindrucksvolles Beispiel als Ergebnis dieser Aktivitäten nennen. Seit Inkrafttreten der ersten Bauordnungsnovelle sind von 1994 bis einschließlich April 2003 in Bayern fast 104000 und damit fast ein Drittel aller seitdem errichteten Wohngebäude genehmigungsfrei gebaut worden. 104000 Gebäude genehmigungsfrei! Dies und das vereinfachte Genehmigungsverfahren haben den Bauherren Gebühren von über 130 Millionen € erspart. Ich möchte daran erinnern, dass dies vor gut zehn Jahren durchaus auch gegen Bedenken aus der Wirtschaft durchgesetzt wurde. Manche haben seinerzeit gesagt, es sei doch ganz positiv, wenn das Landratsamt noch einmal prüfe; wenn ein amtlicher Stempel drauf sei, gäbe es mehr Sicherheit und noch mehr Möglichkeiten, Risiken zu reduzieren.

Meine Damen und Herren, nach zehn Jahren darf ich feststellen. Das Vertrauen, das wir in die private Wirtschaft, in die Bauherren, in die Fachleute und die Ingenieure gesetzt haben, hat sich als gerechtfertigt erwiesen. Obwohl es keine Genehmigungspflicht mehr gibt, ist kein Haus zusammengefallen. Die Bauherren konnten 130 Millionen € sparen. Das ist doch eine Bilanz, die sich sehen lassen kann.

(Beifall bei der CSU)

Unser Ziel muss es sein, die Genehmigungsfreistellung im Baurecht generell – auch für gewerbliche Vorhaben – bis zur Sonderbaugrenze auszuweiten, die Baugenehmigungsverfahren noch weiter zu vereinfachen und damit gerade der gewerblichen Wirtschaft und den Existenzgründern effektive Hilfe zu leisten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Viele dieser Maßnahmen waren so wirkungsvoll, dass sie inzwischen von anderen Ländern übernommen wurden. Trotz all dieser Erfolge ist klar: Die Verwaltungsreform in Bayern ist noch lang nicht an ihr Ziel gekommen. Die Anzahl der Gesetze und Verordnungen in Bayern hat sich in den vergangenen zehn Jahren kaum verändert. Worunter aber die Wirtschaft und die Eigeninitiative leiden, ist die Dichte der Einzelregelungen. Viel Gutgemeintes und für sich betrachtet Sinnvolles kann in der Summe schädlich sein. Ein zu dichtes Netz an Regelungen beschneidet die Freiheit für Innovation, Dynamik und Wachstum. Wir sind deshalb lernfähig nach dem Motto: so viel Freiheit wie möglich, so viel Staat wie nötig.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hahnzog (SPD))

Deregulierung und Entbürokratisierung sind eine Daueraufgabe für Landtag und Staatsregierung. Die wichtigsten Ziele sind überschaubare, verständliche Vorschriften, die nur das wirklich Wichtige regeln; schnelle und transparente Entscheidungswege; eine ausgeprägte Serviceorientierung der öffentlichen Verwaltung. Diese Ziele wird die Staatsregierung gerade mit Hilfe der Vor-

schläge der Henzler-Kommission weiterverfolgen. Ihre Arbeitsweise war ausgesprochen praxisorientiert.

Zum besseren Verständnis darf ich darauf hinweisen: Auftrag und Bitte an die Kommission war es, speziell die Vorschriften unter die Lupe zu nehmen, die heute für die Wirtschaft belastend sind, welche die Investoren hemmen und die Existenzgründer heute in Schwierigkeiten bringen und insgesamt das wirtschaftliche Gefüge lähmen. Es war nicht Aufgabe der Kommission, wie irrtümlich angenommen wurde, den gesamten Staatsapparat unter die Lupe zu nehmen.

(Lebhafter Widerspruch bei der SPD)

– Hören Sie doch zunächst einmal zu! Zum einen haben wir einen großen Teil dieser Aufgabe bereits erledigt, wie ich bereits dargestellt habe.

(Lachen bei der SPD)

Zum anderen ist das eine Aufgabe, welche die Staatsregierung jetzt selbst anpackt und weiterführt. Bei 4,3 Millionen Arbeitslosen, bei so vielen Firmenzusammenbrüchen und bei so vielen Schwierigkeiten mit Investitionen ist es heute primäre Aufgabe, die Wirtschaft flottzumachen.

(Beifall bei der CSU)

Sie sollten in Ihrer Ermattung hier keine Ablenkungsmanöver betreiben. Unsere Aufgabe ist es heute, dafür zu sorgen, dass die Wirtschaft vorankommt und dass Hemmnisse und Hürden für Investitionen reduziert oder beseitigt werden.

Um Erfahrungen aus der Wirtschaft aufnehmen zu können, hat die Kommission eine innovative Arbeitsweise gewählt. Mehr als 3600 Teilnehmer haben sich an einer Online-Umfrage bei bayerischen Unternehmen beteiligt. Das ist eine der größten Umfragen dieser Art, die es bisher in Deutschland gegeben hat. Die Kommissionsmitglieder haben rund 400 persönliche Interviews mit Unternehmen durchgeführt. Zuschriften von rund 200 Unternehmen wurden ausgewertet, und es wurden mehrere Unternehmenshearings durchgeführt, in denen Unternehmer die Möglichkeit hatten, ihre persönlichen Erfahrungen in Frage und Antwort darzustellen. Insgesamt hat die Kommission rund 1200 Verbesserungsvorschläge erhalten, bewertet und zu sechs Themenbereichen zusammengefasst mit 32 Maßnahmenpaketen.

Ich möchte Ihnen zu vier wichtigen Bereichen einen Überblick geben. Erstens: Wir wollen die Schaffung eines „Kleinunternehmensrechts“. Deutschland braucht dringend eine spürbare Entlastung von Regulierung und Bürokratie, vor allem für Unternehmen bis zu 20 Mitarbeitern. Die Staatsregierung bewertet die Vorschläge der Kommission hierzu als sehr effizienten Befreiungsschlag für Unternehmergeist und Arbeit.

Ein Beispiel: Eine Untersuchung im Auftrag der Europäischen Union aus dem Jahr 2002 hat ergeben, dass die Gründung einer GmbH in Deutschland durchschnittlich 22 Werkzeuge in Anspruch nimmt, in Großbritannien

dagegen nur sieben Tage. Das muss auch unser Ziel sein.

Wir haben laut Schätzung der Kommission rund 500 000 Kleinunternehmen in Bayern. Diese sollen vom Kündigungsschutz entlastet und von Detailregelungen des Arbeitsstättenrechts befreit werden. Das Arbeitszeitrecht soll flexibilisiert werden. Die Möglichkeiten zur Lösung von der Tarifbindung sollen erweitert werden. Kleinunternehmen sollen durch Abbuchungsverfahren für die Lohnsteuer und die Sozialversicherungsbeiträge vom Berechnungsaufwand befreit und auch von steuerlichen Buchführungspflichten deutlich entlastet werden.

(Dr. Kaiser (SPD): Das haben die in Berlin schon längst getan!)

Dieses „Wirtschaftsrecht light“ ist ein sehr konkretes Rezept gegen die spezifischen Belastungen von Kleinunternehmen. Bayern ist gelegentlich als Land des Mittelstandes verspottet worden. Wir stellen aber fest, dass gerade kleine und mittlere Unternehmen Arbeitsplätze schaffen. Dort wird eine hohe Arbeitsleistung erbracht. In der Woche werden 60, 70 und mehr Stunden geleistet. Wir sollten diese mutigen Unternehmer fördern, unterstützen und sie von überflüssiger Bürokratie entlasten, um ihnen damit mehr Mut zu Einsatz, Innovation und Kreativität zu geben.

(Beifall bei der CSU)

Damit soll auch der Geist für Unternehmensneugründungen wieder geweckt werden.

Zweitens. Wir wollen die Prüfständigkeiten in der technischen Arbeitssicherheit bündeln und straffen. Wir wollen eine drastische Vereinfachung und Vereinheitlichung von Sicherheitsvorschriften. Wir wollen weniger Vorschriften, weniger Genehmigungsverfahren und weniger Prüfungen. Zeitverluste durch unkoordinierte Doppel- oder Mehrfachprüfungen der Berufsgenossenschaften, der Gewerbeaufsicht oder auch des TÜVs sind kontraproduktiv.

Ich möchte Ihnen dazu ein Beispiel aus der Kommissionsarbeit aufzeigen: Die Wurstschnidemaschine eines Metzgers, die ohnehin sicher gebaut sein muss, wird vor Ort nicht nur vom Prüftechniker der Fleischerei-Berufsgenossenschaft überprüft, sondern auch vom Prüfer der staatlichen Gewerbeaufsicht und möglicherweise auch noch vom Lebensmittelüberwacher des Landratsamtes. Das ist überzogener Bürokratismus, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CSU)

Wenn ähnlich qualifiziertes Personal nach ähnlichen rechtlichen Maßstäben ein und dieselbe Maschine mehrfach hintereinander kontrolliert, kostet es Zeit und Arbeit sowohl bei der Wirtschaft als auch in der Verwaltung. Es muss möglich sein, dass wir diese Verantwortlichkeiten zusammenfassen und grundlegend neu strukturieren.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hindert Sie daran?)

Zur Vermeidung von Mehrfachprüfungen im Arbeitssicherheitsrecht schlägt die Kommission eine Lösung vor: Betriebsprüfungen werden durch ein beliehenes Unternehmen, beispielsweise durch den TÜV, durchgeführt. Routinemäßig prüfen Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften überhaupt nicht mehr. Die Gewerbeaufsicht ist nur noch als Aufsicht über die Kontrolleure sowie für Schwerpunktaktionen zuständig. Das sind sehr weitreichende Vorschläge, aber wir sind bereit, sie gründlich zu prüfen. Wir haben den Ehrgeiz, möglichst viele Vorschläge möglichst schnell in die Tat umzusetzen.

Drittens. Wir wollen Verwaltungsleistungen nach dem Prinzip „Alles aus einer Hand“. Wir wollen Beratung und Genehmigungen bei je einem Ansprechpartner bündeln. Hier sieht die Staatsregierung übereinstimmend mit der Kommission einen Schwerpunkt für rasches Handeln in landespolitischer Kompetenz.

In Bayern werden jedes Jahr rund 90 000 Unternehmen gegründet. Wir sehen in den Unternehmensgründern die Pioniere für den sozialen Wohlstand von morgen. Deshalb ist hier der Staat als Förderer und Dienstleister gefragt und nicht als Kontrolleur, der bürokratische Hemmschuhe anlegt. Der Staat ist für die Baumeister der Zukunft da – und nicht umgekehrt.

Derzeit brauchen laut Umfrage der Kommission etwa 80% der Existenzgründer professionelle Hilfe, um sich im Förder- und Paragraphendschungel zurecht zu finden. Viele scheitern an einem zu hohen Kosten- und Zeitaufwand. Deshalb werden wir die Zuständigkeiten so bündeln, dass der Unternehmer für sein Anliegen immer nur eine einzige Ansprechstelle hat, die er aufsuchen muss.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist genial!)

Örtliche Anlaufstellen mit dem Ziel „Alles aus einer Hand“ erlauben eine schnelle Erledigung aller Formalitäten wie zum Beispiel Gewerbeanmeldung, Eintrag ins Handelsregister oder Anmeldung bei Finanzamt und Krankenkasse. Im Wesentlichen wird die Bündelung durch Übertragung von Aufgaben an die Landratsämter oder an die Industrie- und Handelskammern bzw. Handwerkskammern erreicht. Hierfür vernetzen wir alle beteiligten Stellen – Kammern, Gemeinden, Landratsämter und die Sozialversicherungsträger. Ich appelliere an die Kommunen, Software für die elektronische Gewerbeanzeige über das Internet möglichst flächendeckend einzusetzen. Unser Ziel muss sein, dass Selbstständigkeit nicht an Formalitäten scheitern darf, bevor sie überhaupt begonnen hat.

(Beifall bei der CSU)

Auch bei den Bau- und Anlageneinigungen lautet das wichtigste Ziel: Genehmigung aus einer Hand – und zwar in garantierter, kalkulierbarer Zeit. Wenn schon eine Genehmigung unverzichtbar ist, muss das Verfahren wenigstens so effizient und rasch wie möglich abgewickelt werden. Der Unternehmer soll nur mit einer Anlaufstelle in einem Verfahren zu tun haben und als Endprodukt eine umfassende Genehmigung erhalten. Er

soll sich darauf verlassen können, dass über sein Vorhaben innerhalb einer bestimmten Zeit, vielleicht innerhalb eines Monats, abschließend entschieden wird. Andernfalls soll nach dem Vorschlag der Kommission die Genehmigung als erteilt gelten. Von Landräten ist mir gesagt worden, dass sie auch bei größeren gewerblichen Bauten häufig in der Lage sind, innerhalb von einer oder zwei Wochen Baugenehmigungen zu erteilen. Wir möchten die Landräte und Verantwortlichen in den Baugenehmigungsbehörden ausdrücklich ermuntern, die jetzt schon vorhandenen Ermessensspielräume auszuschöpfen. Es muss aber auch unsere Aufgabe sein, weitere Maßnahmen zu einer Effizienzsteigerung und zu einer Beschleunigung von Genehmigungsverfahren bei Investitionen voranzubringen.

Viertens. Wir wollen mehr Bürgerservice für jedermann. Wir wollen das E-Government über das Internet konsequent ausbauen. Das beste Beispiel ist die elektronische Steuererklärung ELSTER, die in Bayern entwickelt wurde und mittlerweile eine Million mal mit großem Erfolg eingesetzt wird. Ich verweise auf Projekte wie das elektronische Grundbuch und das elektronische Mahnverfahren. Diese Wege müssen wir konsequent weiter gehen. Möglichst viele Informationen und Formulare sollten online verfügbar sein. Auch ein umfassender Email-Verkehr sollte rasch möglich werden. Die Möglichkeiten für Beratung, Kommunikation und Interaktion zwischen Verwaltung und Bürgern und Unternehmen sollen weiter verbessert werden.

Ich bitte das Hohe Haus um Unterstützung bei der Umsetzung dieser sehr ehrgeizigen Ziele. Wir wollen, dass in drei bis vier Jahren alle wesentlichen Dienstleistungen der Verwaltung online abgewickelt werden können. In diesem Zusammenhang möchte ich erneut an die kommunalen Gebietskörperschaften appellieren, diesen Weg entschlossen mit uns weiterzugehen.

Die Beseitigung eines Ärgernisses liegt uns besonders am Herzen. Ich meine die Reduzierung und Vereinfachung der Statistiken. Es ist auf Dauer nicht hinnehmbar, dass die Unternehmen in Deutschland mit der Erarbeitung von fast 500 Einzelstatistiken belastet werden.

(Beifall bei der CSU)

In der heutigen Zeit, in der durch den Mikrozensus in Umfragen sogar Wahlergebnisse bis auf die Stelle hinter dem Komma vorhergesagt werden können, muss es möglich sein, wesentliche Erkenntnisse für Staat und Wirtschaft zu gewinnen, ohne dass ständig Tausende von Unternehmen umfangreiche Fragebögen ausfüllen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Die Kommission schlägt eine deutliche Reduzierung von Statistiken vor. Sie sollen bis auf einen unverzichtbaren Mindestbestand abgebaut werden. Sie sollen auf Stichproben umgestellt werden. Daten sollen im automatisierten elektronischen Verfahren erhoben werden. Zeitraubendes handschriftliches Ausfüllen muss überflüssig werden. Insgesamt soll der Staat Aufgaben, die er auf

die Unternehmen übertragen hat, reduzieren oder wieder selbst übernehmen.

Der Ministerpräsident hat an die Ressorts den Auftrag gegeben, dies unter dem Motto „Mut zur Lücke“ zügig anzugehen. Das, meine Damen und Herren, wird Sie zunächst überraschen. Wir sind aber der Auffassung, dass Perfektionismus zur Kostenbelastung führt und die wirtschaftlichen Kräfte lähmt. Deshalb müssen wir ein „Fitness-Programm“ für alle Bereiche der öffentlichen Verwaltung und der Wirtschaft in Gang setzen.

Ich möchte Ihnen außerhalb der Tätigkeit der Henzler-Kommission zwei Projekte vorstellen, die die Staatsregierung in den nächsten Wochen und Monaten intensiv beschäftigen werden.

Wir wollen eine deutliche Verwaltungsvereinfachung für die Landwirtschaft.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden das Thema noch vor der Sommerpause im Ministerrat auf den Weg bringen. Als Beispiele nenne ich den Verzicht auf den Rinderpass bei der innerstaatlichen Tierverbringung oder den „Mehrfachantrag online“. Seit 2002 können die Landwirte in Bayern Flächenprämien und wichtige Tierprämien über das Internet beantragen. Ich bestätige den Landwirten in Bayern mit Hochachtung, dass sie modern wirtschaften und moderne Technik einsetzen.

Ich nenne Ihnen aber auch ein abschreckendes Beispiel. Der Bund hatte vorgesehen, das Verfahren der Umsatzsteuer-Pauschalierung zu ändern. Er wollte fast 400 000 land- und forstwirtschaftliche Betriebe in ein aufwändiges Umsatzsteuerverfahren drängen. Dieses Verfahren scheiterte im Vermittlungsausschuss. Damit haben wir, meine Damen und Herren, eine riesige Bürokratielast von der Landwirtschaft abwenden können.

Dies ist nur ein Beispiel, dass im Bund und der EU eine Unzahl an neuen Regelungen mit einer Vielzahl an Details entstehen, die für den Landwirt in der Praxis kaum noch zu überschauen sind. Die vor zwei Wochen von den EU-Agrarministern auf den Weg gebrachte so genannte Reform der Agrarpolitik scheint mit einer riesigen Last an Bürokratie verbunden zu sein. Wir appellieren, in diesem Bereich dringend zur Vereinfachung, zu Pauschalierungen und zu Entlastungen zu kommen.

(Beifall bei der CSU)

Neben der Umsetzung der Vorschläge der Henzler-Kommission ist das zweite Projekt der Staatsregierung, die Kommunen zu entlasten. Standards und Vorschriften werden überprüft und reduziert.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gibt es auch Geld?)

Der Projektgruppe Verwaltungsreform liegen 331 Vorschläge vor. Sie werden derzeit bearbeitet. Noch im September 2003 wird die Staatsregierung Entscheidungen zur Entlastung der Kommunen treffen. Ich nenne als Bei-

spiel den Wegfall der Genehmigungspflicht von Grundstücksteilungen im Baurecht, die Suche nach verstärkten Pauschalierungen im kommunalen Finanzausgleich und Förderrecht, die Abschaffung diverser Statistiken, die Überprüfung der Fehlbelegungsabgabe und viele andere Punkte.

Es genügt nicht, durch mehr Einnahmen eine bessere Situation der Kommunen zu erreichen. Wir müssen die Kommunen bei den Ausgaben deutlich entlasten.

(Beifall bei der CSU)

Um unnötige Bürokratie zu vermeiden, müssen wir in Zukunft eine konsequente Folgenabschätzung in der Gesetzgebung vornehmen. Der Staat muss die betriebs- und volkswirtschaftlichen Bürokratiekosten für Bürger und Wirtschaft quantifizieren und den Nutzen neuer Gesetze genau abwägen. In Bayern gibt es bereits eine zentrale Normprüfung. Neue Regelungen dürfen nur noch ergehen, wenn sie im Lichte eines konsequent angewendeten Subsidiaritätsprinzips unerlässlich sind.

Gesetze sollen nach dem Vorschlag der Kommission verstärkt befristet werden. Experimentierklauseln sollen breiter eingesetzt werden, damit neue Wege getestet und Normen auch schneller wieder abgeschafft werden können. Im Medienrecht wurden in Bayern bereits solche Befristungs-, Überprüfungs- und Experimentierklauseln verwirklicht. Wir werden weitere Anwendungsfelder erschließen.

Meine Damen und Herren, wir wissen alle: Es wird immer wieder neue Aufgaben für Staat und Politik geben, die nur mit neuen Gesetzen und Vorschriften zu beantworten sind. Einen Stillstand der Gesetzgebung kann es nicht geben. Unser gemeinsames Ziel als Landtag und als Staatsregierung muss es allerdings sein, über mehrere Legislaturperioden hinweg nicht mehr sondern weniger Vorschriften zu haben. Das Prinzip muss lauten: Neue Regelungen ja, falls wirklich nötig, aber ein klares Nein zu einer immer höheren Regulierungsdichte.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir von den Vorschlägen der Kommission in bayerischer Landeskompetenz umsetzen können, werden wir sehr rasch voranbringen. Daran lassen wir uns messen.

Etwa ein Drittel der Vorschläge betrifft unmittelbar bayerisches Landesrecht. Die Vorschläge der Kommission werden jetzt von den Fachressorts abgestimmt. Schon am 5. August 2003 wird im Ministerrat ein Zwischenbericht zu den Vorschlägen der Kommission vorliegen. Am 9. September 2003 wird der Ministerrat die ersten Entscheidungen zur Umsetzung fällen. Wir werden also noch vor Ende der Legislaturperiode erste Empfehlungen der Kommission umsetzen. Deregulierung und Bürokratieabbau wird ein vorrangiger Schwerpunkt der kommenden Legislaturperiode sein.

Die Kommission hat dazu wichtige Vorschläge unterbreitet. Jetzt kommt es auf die politische Umsetzung an. Wir in Bayern sind dazu entschlossen. Wir sehen aber nicht, dass ähnliche Anstrengungen zum Bürokratieabbau auch auf Bundes- und Europaebene unternommen wer-



den. Für die Umsetzung unserer wichtigen Vorhaben, wie die Mobilisierung der Wirtschaft und der Investitionstätigkeit, brauchen wir den Einsatz und die Kooperation des Bundes und von Europa. Ich appelliere daher eindringlich an die Bundesregierung, sich unseren Initiativen nicht zu verweigern. Je mehr und je schneller die Dinge umgesetzt werden, desto besser ist das für unser Land, für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Tut erst selbst etwas!)

Die Staatsregierung wird deshalb zahlreiche Vorschläge als Bundesratsinitiativen einbringen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zusammenfassend Folgendes ausführen: Der Staat hat viel zu viel Verantwortung für Bereiche übernommen, die keine originären Staatsaufgaben sind. Deshalb heißt Deregulierung mehr Freiheit und Dynamik, aber auch mehr Eigenverantwortung und weniger Absicherung. Es geht um ein Staatsverständnis für mehr unternehmerische Dynamik und für mehr Eigeninitiative des Einzelnen. Andere reden vom „aktivierenden Staat“, wir in Bayern setzen ihn in die politische Tat um. Die Vorschläge zur Entbürokratisierung und ihr Grundgedanke einer serviceorientierten Verwaltung bleiben eine Daueraufgabe in Kommunen, Land, Bund und in Europa.

Deutschland, meine Damen und Herren, braucht keine Käseglocke staatlicher Bevormundung. In Gesprächen mit jungen Unternehmern wurde mir ans Herz gelegt: Entfesseln Sie uns. Erfreulicherweise gibt es junge Leute, die leistungsorientiert und technikorientiert sind. Das sind keine jungen Leute im Geiste der 68er-Revolution. Die 68er haben die Schlacht bei den jungen Leuten verloren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Wer Gespräche mit jungen Handwerkern, Abiturienten oder Studenten führt, erlebt in erstaunlichem Maße Optimismus, Mut für die Zukunft und auch Vertrauen in die eigenen Kräfte. Dem muss man mehr Raum geben. Wir müssen das freie und kreative Unternehmertum fördern. Der Aufbruch aus der „blockierten Republik“ zu einer dynamischen Gesellschaft, der ist die Aufgabe der Stunde. Bayern hat dazu ein großes Potenzial – leistungsbereite Menschen, gut ausgebildete junge Leute, fleißige Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mutige Existenzgründer und einen vitalen Mittelstand.

Wir werden im weltweiten Wettbewerb bestehen, wenn wir besser, innovativer und schneller sind. Ein Beitrag dazu sind Deregulierung, Entbürokratisierung, Innovationen und Wachstum. All das bringt auch soziale Dividende durch Investitionen und Arbeitsplätze in Bayern.

Und deshalb Vorfahrt für diesen Unternehmergeist und meine Bitte an Sie alle: Lassen Sie uns anpacken. Nur wer bereit ist, die Zukunft zu erobern, wird die Zukunft gewinnen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

**Präsident Böhm:** Ich eröffne die Aussprache. Im Ältestenrat wurde hierfür eine Gesamtredezeit von 1,5 Stunden vereinbart. Davon entfallen auf die CSU 42 Minuten, auf die SPD 30 Minuten, auf die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN 18 Minuten. Im Zweifel darf 5 Minuten überzogen werden, da der Herr Minister etwas länger geredet hat.

Der erste Redner ist Herr Kollege Dr. Ritzer.

**Dr. Ritzer (SPD):** Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Arbeit der Henzler-Kommission hätte eigentlich, Herr Staatsminister, eine etwas seriösere Rede verdient.

(Beifall bei der SPD)

Es ist so: Irgendwo muss immer dargestellt werden, dass die Welt am bayerischen Wesen genesen muss und das wird dann auch lautstark begründet. Wir Sozialdemokraten jedenfalls bedanken uns sehr herzlich für die Arbeit, die Professor Henzler und die Mitglieder seiner Kommission geleistet haben. Zu dem Ergebnis im Detail ist einiges zu sagen; vieles ist erwägenswert. Die Grundeinstellung jedenfalls, alle gesetzlichen und auch außergesetzlichen Regelungen, Herr Staatsminister Huber, auf den Prüfstand zu stellen, wird von uns geteilt. Sein Ansatz, aus der Sicht der Betroffenen die Kritik an der Bürokratie zu formulieren, ist gut. Ob ihn die Staatsverwaltung jeweils umsetzt, ist eine andere Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Da komme ich übrigens auf die berühmte Geschichte, die Rettung der Volksfeste, die mir damals auch nicht sehr gefallen hat. Die Kollegen haben seinerzeit die Initiative ergriffen, weil die kleinen Unternehmer, die Volksfestbesucher, gesagt haben: „Wir werden von der Bürokratie stranguliert. Die machen uns mit Umweltschutz, Lärmschutz und sonstigen Auflagen langsam die Volksfeste kaputt.“ Deswegen gab es eine Initiative, ob es die richtige war, weiß ich nicht. Soviel zum Zuhören bei Betroffenen. Leider hat die Henzler-Kommission nicht die eigentliche bayerische Bürokratie untersuchen dürfen. Der Untersuchungsauftrag war sehr klug zugeschnitten, damit vermieden wird, selber durch seine eigenen Ratgeber in die Kritik zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Aber, was soll es?

Lieber Herr Huber, Ihr Krisengemälde beeindruckt überhaupt niemanden mehr. Die Zahlen, die Sie verwenden, sagen nie, dass sich darin auch die Kosten der deutschen Wiedervereinigung widerspiegeln. Kein Land in Europa hat eine solche Belastung mit solch hohen Transferleistungen zu tragen wie Deutschland. Wenn Sie dies beim Vergleich berücksichtigen, dann würde es in der Tat anders aussehen. Herr Kollege Sackmann, Sie dürfen auch mal nachrechnen, welche Fehler die Regierung Kohl/Waigel bei der Wiedervereinigung gemacht hat.

(Beifall bei der SPD)

Sie dürfen sich einmal vor den Spiegel stellen und sich fragen: Wie wäre das eigentlich gewesen, wenn wir nicht die gesamte Finanzierung auf die Arbeitskosten draufgehauen hätten? Die Rentner und Krankenversicherten zahlen die Hauptlast und Sie wundern sich, dass die Arbeitskosten stark steigen und dass diese Entwicklung Auswirkungen auf die Wirtschaft hat. Ich brauche diese Schauergemälde des Herrn Huber nicht selbst zu kommentieren, ich kann es vielleicht mit Goethe kommentieren. Ich habe bei Torquato Tasso ein hübsches Zitat gefunden: „Durch Heftigkeit ersetzt der Irrende, was Ihm an Wahrheit und an Kräften fehlt.“

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen eine Reform des Staates an Haupt und Gliedern, und zwar nicht nur, weil dies der Wirtschaft hilft, sondern wir brauchen die Reform, weil langsam niemand mehr bereit ist, die Steuern dafür zu zahlen, dass wir eine so große Bürokratie haben. Wir müssen die Entbürokratisierung anpacken, weil auch Bayern das Geld fehlt, diese Krake weiterzufinanzieren. Die „Süddeutsche“ hat Recht, die 1,9 Milliarden €, die Bayern nach einer vorgezogenen Steuerreform fehlen, sind nicht zu schultern. Mit den Vorschlägen der Henzler-Kommission ist es nicht getan, schreibt Sebastian Beck. Wo er Recht hat, hat er Recht.

Sehr erfolgreich waren die bayerischen Verwaltungsreformatoren bisher weiß Gott nicht.

(Beifall bei der SPD)

Seit 1967 regieren neben der CSU auch die Kommissionen zur Verwaltungsreform. Es gab 1967 die Fink-Kommission. Staatssekretär Fink, damals im Innenministerium, hat eine Gruppe gehabt, die Vorschläge für Herrn Ministerpräsident Goppel gemacht haben. Das wurde dann nicht so sonderlich erfolgreich beurteilt. Dann kam Herr Ministerpräsident Strauss und es wurde die Neubauer-Kommission berufen. Diese hat dann bis 1983 getagt und auch Vorschläge gemacht. Sonderlich erfolgreich war es nicht. Es gab schon einige Vorschläge, die umgesetzt wurden. Die Fink-Kommission hat zum Beispiel die Gemeindegebietsreform mit angeschoben; durchaus vernünftig. Es reicht aber nicht, weil sich die Bürokratie immer schneller selber reproduziert, als man sie bekämpfen kann. Das hat auch Herr Ministerpräsident Stoiber eingesehen und hat 1993 unter Leitung von Herrn Staatsminister Huber die vorhin zitierte Projektgruppe Verwaltungsreform eingesetzt. Die Ergebnisse sind bislang nicht bekannt geworden, jedenfalls nicht die nach 1993. 1996 gab es einen Ämterwechsel und Herr Prof. Falthausen wurde in die Reformgruppe geschickt. Er hat sein 20-Punkte-Programm vorgelegt. Damit hatte er große Aufregung in der Bürokratie erzeugt, aber leider keine Ergebnisse erreicht.

Es wurde ein Heer von externen Beratern eingesetzt. Die liest ist sich wie das Who is Who der deutschen Unternehmensberatungen und geht sogar darüber hinaus: Roland Berger und Co., WTO-Unternehmensberatung GmbH, Integra-Unternehmensberatung, Schittek,

Ernst & Young, Gesellschaft für Management und Technologieberatung mbH, BIT Consult GmbH, Arthur Anderson, BSL-Managementberatung GmbH, die WIBERA, Will und Partner, KPMG-Consulting GmbH, Mummert und Partner – Honorarsumme, 9 185 924 DM aber die Ergebnisse waren offenbar so erschreckend, dass sie niemand umsetzen wollte. Deswegen hat Herr Ministerpräsident Stoiber in seiner Verzweiflung 2002 Herrn Professor Henzler gebeten, neue Vorschläge zu unterbreiten. Ich erkenne neidlos an: ein raffiniertes Stück Politikinszenierung.

(Beifall bei der SPD)

Woran sind denn die bisherigen Reformansätze gescheitert? Ich will aus meiner Sicht ein paar Gründe nennen. Erstens: Verwaltung, so denke ich, ist zur eigenen Reform nicht in der Lage. Das Beharrungsvermögen aller Beteiligten ist zu groß. Wer stellt sich denn gern selber in Frage?

Das wissen wir auch: siehe Reform des Landtags. Kollege Alois Glück teilt meine Überlegungen. Er formuliert das nur etwas zurückhaltender. Er hat gesagt, da fehlt es in der Bürokratie an positiver Eigendynamik.

Zweiter Punkt: Bürokratie wird in den Ministerien erzeugt – von Hilfsreferenten, von Referenten, von Abteilungsleitern und Amtschefs, manchmal natürlich auch von der Politik. Diese Mannschaft hilft übrigens auch heftig – Herr Huber –, wenn es darum geht, die Bundesbürokratie zu bereichern. Wir haben insgesamt unter dem Dach des Bundesrates mehr als 900 Bund-Länder-Kommissionen. Die machen weiter nichts, als Bundesrecht zu ändern in Gestalt von Gesetzesvorschlägen, Rechtsverordnungen und Ausführungsbestimmungen. Das sind 900 Bruderschaften, die zusammenkommen, um zu beraten, was zu tun ist. Das Ergebnis sind immer neue Verwaltungsvorschriften, neue Verordnungen, neue Gesetze. Das können Sie nachprüfen; jüngst hat dies sogar der Bundespräsident beklagt.

Drittens: Um die Bürokratie zu verringern, brauchen wir eine Kulturrevolution. Das heißt aus meiner Sicht: eine Neustrukturierung der Ministerien und eine Änderung der Organisation der Ministerien. Kollege Glück hat dies noch 1996 genauso gesehen. Auch er wollte eine Kulturrevolution. Der „Münchener Merkur“, Herr Spemann, hat ihn im Dezember letzten Jahres nach der Einsetzung der Henzler-Kommission freundlicherweise daran erinnert. Geholfen hat es nichts – bislang jedenfalls.

Wir müssen deswegen überlegen, ob wir Abteilungen und Referate in den Ministerien einziehen, denn nur ein solches Vorgehen führt zu einer radikalen Aufgabenkritik.

(Beifall bei der SPD)

Ich rate dazu, einige Mitarbeiter nach Baden-Württemberg zu schicken, damit diese sich dort die Vorschläge von Erwin Teufel gründlich anschauen. Erwin Teufel ist genau an dem Punkt, dass er sagt, die Ministerien müssen verkleinert werden, da müssen Abteilungen und Referate heraus. Der hat das zu seinem Programm

gemacht. Das wäre des Nachdenkens wert, auch in Bayern.

Wer übrigens Verwaltungsabläufe wirklich vereinfachen will, also eine Art „One Stop Agency“ verwirklichen will, wie das so schön auf Neudeutsch heißt, der muss bereit sein, die Grundstrukturen der Verwaltung wirklich infrage zu stellen. Baden-Württemberg tut das. Ich bin der Überzeugung, dass wir das künftig auch tun könnten. Wir brauchen Kreisverwaltungsbehörden, Regierungen, vielleicht ein paar Landesämter und die Ministerien. Das reicht.

(Beifall bei der SPD)

Alles andere muss auf den Prüfstand und muss hinterfragt werden, ob es nicht integriert werden kann. Nur das bringt überzeugende und flexible Lösungen beim Vollzug von Aufgaben.

Die Henzler-Kommission hatte – wie schon gesagt – einen sehr begrenzten Auftrag: Sie sollte ausschließlich darüber nachdenken, wie der Wirtschaft das Leben leichter gemacht wird. Das ist ehrenwert, die Vorschläge haben jedoch lediglich in ganz geringem Umfang wirklich mit Entbürokratisierung zu tun. Der so genannte „Small Company Act“, der da vorgeschlagen wird, kümmert sich um Arbeits-, Betriebsverfassungs- und Tarifrecht. Das sind Fragen, die in Berlin längst auf den Weg gebracht sind, längst durch Gesetz geregelt sein könnten, hätte der Bundesrat nicht wieder einmal unter Anführung Bayerns blockiert und den Vermittlungsausschuss angerufen.

(Beifall bei der SPD)

Übrigens: Rechtstatsachenforschung wird in der bayerischen Staatsverwaltung nicht betrieben. Sonst hätte man nämlich gemerkt, dass über 90% der kleinen Betriebe überhaupt keinen Betriebsrat haben und deswegen gar nicht unter der „Knote“ des Betriebsverfassungsrechts leiden müssen. Da hätte man sich etwas mehr mit den Rechtstatsachen auseinander setzen müssen, dann bräuchte man nicht versuchen, sich mit solchen Vorschlägen zu profilieren. Vielleicht waren die falschen Ratgeber in der Kommission, ich schaue auf Kollegen Traublinger.

(Beifall bei der SPD)

Diese Frage haben wir schon vor Jahren bei der Handwerksmesse diskutiert. Der damalige Bundeswirtschaftsminister Werner Müller hat Ihnen das damals schon klipp und klar auseinander gesetzt, aber Vorurteile sind nicht klein zu bekommen.

Im Übrigen sind kleine Betriebe dankbar für Tarifverträge. Das schafft Rechtsklarheit und Wettbewerbsklarheit. Der Gedanke, dass man sich mit einer Postkarte aus dem Tarifvertrag abmelden kann, widerspricht mit Sicherheit dem, was die Verfassung, unser Grundgesetz, den Tarifvertragsparteien an Eigenregelungskompetenz zubilligt. Deswegen müssen wir uns die Mühe machen, mit Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften zu reden, damit diese Öffnungsklauseln zu Stande

bringen. Das ist keine Sache, die „per ordre de mufti“ vom Gesetzgeber geregelt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Über einen großen Teil der Vorschläge kann man gerne reden. Dem Argument, dass die Gaststättenbauverordnung ein besonderes Bürokratiemonster ist, kann ich nur beipflichten. Ich weiß noch, wie die entstanden ist. Da hat Bayern federführend gearbeitet und hat alles im Detail geregelt, was zu regeln geht. Der Herr Finanzminister hat jüngst noch eins draufgesetzt, das ist an Ironie wirklich nicht zu überbieten: Der Herr Ministerpräsident verkündet, jetzt werden nur noch wirklich notwendige Vorschriften erlassen. Der Herr Finanzminister erlässt eine Kantinenrichtlinie. Was macht er in dieser Kantinenrichtlinie? – Er erklärt, dass das Bürokratiemonster Gaststättenbauverordnung auf staatliche Kantinen anzuwenden ist.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist eine glänzende Leistung der bayerischen Staatsverwaltung.

(Güller (SPD): Bravo!)

Übrigens zum Thema Statistik: Herr Huber, ich habe mich mit dem Präsidenten des Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung intensiv über diese Fragen unterhalten. Er hat mir ein Beispiel erzählt, das ihn erschüttert hat. Er wollte die Handwerksstatistik etwas vereinfachen. Das hat ihm aber den großen Protest der Handwerkskammer eingebracht. – Kollege Traublinger verlässt gerade den Raum. – Die Handwerkskammer hat das nicht zugelassen. Die Handwerksstatistik „light“ war unzulässig, deshalb musste sie umfangreicher gemacht werden.

Auch hier etwas Rechtstatsachenforschung: 3% aller Unternehmungen sind von der Statistik überhaupt belastet. Ich finde, es ist unfair, wenn man diese Statistikfragen so aufbläht. Natürlich lässt sich da etwas machen und verbessern, natürlich geht da etwas mit Schnittstellen. Aber jetzt einen großen Popanz aufzubauen, die Rettung der Wirtschaft erfolgt über das Vermeiden von Statistiken – – Da bin ich gespannt.

Warum klappt es in Bayern nicht? – Ich sage es noch einmal: Das ist historisch gewachsener Zentralismus. Da hat sich seit Montgelas nicht viel verändert: Bayerns Ministerien müssen alles im Griff haben, die draußen bei den Ämtern wissen sowieso nicht, wie es geht, also wird es von München aus gemacht.

Bayerns Regierungspartei will ihre Macht sichern – das ist ganz klar –, deshalb führt sie die Kommunen am goldenen Zügel. Damit behält man die Aufsicht darüber, was in den Kommunen geschieht und was nicht.

Wir sind darüber hinaus ein Gefälligkeitsstaat. Unsere Regierung – wir im Landtag vielleicht auch – möchten möglichst viele Wohltaten vor Ort vollbringen. Das hilft der Selbstdarstellung, das bringt auch Chancen für Staatssekretäre, zum Spatenstich oder einer Einwei-

hung eine Rede zu halten. Damit stellt man sich draußen gut dar. Zum Gefälligkeitsstaat gehören etwa 400 Förderprogramme in Bayern, die für sich genommen eine riesige Bürokratie-Erzeugungsmaschine sind. Ich bin hier völlig der Meinung von Herrn Henzler und der Kommission, dass diese mit dem Ziel überprüft werden müssen, auf eine Handvoll Programme zusammengestrichen zu werden. Das scheint mir durchaus möglich, wenn man sie breit genug fasst. Wir haben zu jedem Programm eigene Antragsformulare und eigene Grundlagen, auf deren Basis geprüft wird. Wir haben zu jedem Programm Ausführungsbestimmungen. Wir haben zu jedem Programm Vorüberprüfungen, Überprüfungen während des Baues und hinterher den Verwendungsnachweis. Das muss man anpacken. Staatsminister Huber hat es in seiner Rede leicht angedeutet. Ich bin gespannt, was uns zu diesem Thema einfällt.

Über Jahrzehnte hinweg ist in Bayern leider eine „Misstrauensunkultur“ gewachsen.

Deshalb ist unsere zentrale Botschaft: Nur dann, wenn wir bereit sind, den Bürgerinnen und Bürgern, den Gemeinden und Landkreisen, den Vereinen und Verbänden mehr zuzutrauen und mehr zu vertrauen, können wir die Verhältnisse ändern. Was dieser Staat braucht, ist eine neue Vertrauenskultur. Das ist die zentrale Botschaft.

(Beifall bei der SPD)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte ein paar Bemerkungen zu den Vorschlägen meiner Kommission machen. Wir waren der Überzeugung, Treppen kehrt man von oben. Deswegen muss der Rückzug des Staates oben beginnen.

(Beifall bei der SPD)

Die aufgeblähte Spitze führt zu unnötiger Bürokratie. Deswegen muss man die Staatsregierung auf ihre Größe hin überprüfen. Hier kann man Geschäftsbereiche zusammenlegen und besser organisieren. Man braucht sich nur zu überlegen, dass allein das Wirtschaftsministerium zehn Grundsatzabteilungen zu allen Feldern der Politik, die man sich vorstellen kann, hat. Ich möchte darum bitten, dass man sich das einmal näher ansieht. Die Staatskanzlei hat die gleichen Grundsatzabteilungen noch einmal, und der Innenminister hat seine Grundsatzabteilungen für Fragen, die ihn eigentlich nichts angehen. Ich frage mich, ob man daran nichts ändern kann.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind mutig genug, Ihnen vorzuschlagen, das Kultusministerium in seiner ursprünglichen Form wieder herzustellen, was bedeutet, die beiden Geschäftsbereiche wieder zusammenzulegen. Wir sind der Meinung, dass man das Wirtschaftsministerium zu einem Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Infrastruktur umgestalten und damit die Landesplanung dem Wirtschaftsministerium zuschlagen sollte. Wir sind auch der Auffassung, dass man ein „grünes“ Ministerium mit den Bereichen Umwelt, Landwirtschaft, Forsten und Verbraucherschutz bilden

sollte. Außerdem sind wir der Meinung, dass man die Bundes- und Europaangelegenheiten im Justizministerium mit erledigen kann. Wer es dann macht, Herr Kollege Bocklet, darüber dürfen andere entscheiden.

(Heiterkeit bei der SPD – Hofmann (CSU): Das liegt auf der Hand!)

– Das darfst du sagen, Walter. Ich darf das nicht sagen.

Die Umgestaltung führt jedenfalls dazu, dass wir von 18 möglichen Positionen in der Staatsregierung auf 12 zurückgehen. Wenn man ein Drittel einspart, dann ist das doch eine ordentliche Leistung.

Wir müssen auch die Ministerien neu strukturieren. Hier hilft leider nur die Brechstange. Wir sagen, die Staatskanzlei muss auf die Kernaufgaben zurückgeführt werden und die Ministerien benötigen einen massiven Abbau der Führungspositionen. Eine ernsthafte Aufgabenkritik setzt immer dann ein, wenn die Stellen führender Beamter wegfallen; denn dann muss geprüft werden, was man künftig tut.

(Beifall bei der SPD)

Wir stehen jetzt vor der Situation, dass im Rahmen der viel zitierten Stelleneinsparungen alle Putzfrauen wegrationalisiert und alle Arbeiterstellen eingezogen worden sind. Die Tätigkeiten erledigen jetzt Fremdfirmen, deren Beschäftigte nicht im Stellenplan auffallen, sondern über Sachkosten finanziert werden. Aus diesem Grund hat man den Stellenabbau geschafft. Aber in den Führungspositionen der Ministerien sind die Stellen nicht weniger, sondern mehr geworden. Der Oberste Rechnungshof hat dies 2001 beanstandet. Von 1993 bis 2001 ist die Zahl der Stellen von A 16 bis B 9 – also Leitender Regierungsdirektor bzw. Ministerialrat bis Ministerialdirektor – von 766 auf 797 gestiegen, und zwar trotz des Abbaus, über den sich Herr Huber vorhin so gefreut hat. Das sind aber die Stellen, die Bürokratie erzeugen, weil das die Leute sind, die sich das ausdenken, was unten vollzogen werden muss.

Es gibt aber auch ein gutes Beispiel: Das Landtagsamt hat nach dem Motto „Aus drei mach zwei“ von drei Abteilungen eine eingezogen und von 15 Referaten fünf. Das ist machbar. Wir haben künftig zwei Abteilungen und zehn Referate. Ich empfehle allen Ministerien die gleiche Vorgehensweise.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen Reformen für die Kommunen. Die 71 Landkreise, die 25 kreisfreien Städte und die 2031 kreisangehörigen bayerischen Gemeinden gehören mit ihren vielen kommunalen Einrichtungen bis hin zu den Stadtwerken zu den wichtigsten Investoren für die bayerische Wirtschaft. Sie entscheiden darüber, wer Aufträge bekommt und wer nicht, aber sie werden mit einer Flut von Vorschriften überhäuft, müssen unnötig komplizierte Verwaltungsverfahren durchführen und leiden unter statistischen Anfragen und überdetaillierten Regelungen bei der Finanzierung kommunaler Vorhaben. Das bindet

Personal und verzögert Investitionen. Auch das ist ein Aspekt, um den man sich kümmern muss.

Nachdem ich gerade gehört habe, dass Herrn Staatsminister Huber dieses auch gerade schwant, frage ich mich, wieso die Bayerische Staatsregierung, die von einer Partei getragen wird, die seit 40 Jahren allein regiert, gerade jetzt darauf kommt, dass man hier etwas tun kann und muss. Herr Huber, ich gratuliere.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein zentraler Punkt ist die Reduzierung der Zahl der Fördertöpfe. Das haben wir mit der Henzler-Kommission gemeinsam, auch wenn es dort nicht für die Kommunen gedacht war. Wir wollen das ganze System der Verwendungsnachweise radikal vereinfachen und die Investitionsförderung komplett umstellen. Das wird eine Weile dauern, aber es kann realisiert werden. Vor allem aber müssen wir von der Misstrauenskultur wegkommen. Ich gehe davon aus, dass die Bürgermeister, die Oberbürgermeister, die Landräte und die Bezirkstagspräsidenten ordentliche Leute sind, die über eine ordentliche Verwaltung verfügen und ihre Aufgaben richtig erledigen. Was soll die permanente Nachschnüffelei, ob vielleicht 0,17 € falsch verbucht worden sind oder nicht?

(Beifall bei der SPD)

Diese Sache müssen wir angehen; dann kommen wir zu Verbesserungen.

Ganz aus dem Blickfeld verloren haben wir in Bayern die Sozialwirtschaft. Ich weiß von einigen Trägern der Diakonie, dass sie sich an der Umfrage der Henzler-Kommission beteiligen wollten und abgewiesen worden sind. Man muss sich überlegen, dass wir 407 Krankenhäuser, 329 Reha- und Vorsorgeeinrichtungen und 1398 Pflegeheime haben, in denen Zigtausende von Menschen beschäftigt sind, die unter einer unvorstellbaren Bürokratie leiden. Vorhin ist kritisiert worden, dass es in den Betrieben zu viele Kontrollen gibt. In der Sozialwirtschaft gibt es dieses überbordende Kontrollieren in jedem Fall. Es gibt über 30 Institutionen, die den sozialen Einrichtungen nachstellen. Das muss sich ändern. Die One-Stop-Agency lässt sich einführen, wenn man bereit ist, Behördenstrukturen zu verändern und Vollzugsaufgaben zu konzentrieren.

Auch an den Schulen haben wir einen katastrophalen Bürokratismus vorgefunden. Ich könnte jetzt eine halbe Stunde allein darüber reden, wie fürchterlich die Verhältnisse hier sind. „Management by Chaos“ – das ist noch eine sanfte Umschreibung des Zustandes dort.

(Zuruf des Abgeordneten Meyer (CSU) – Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bloß weil Sie kein Englisch verstehen!)

1997 gab es ein Gutachten von Roland Berger, der der Schulverwaltung dringend nahegelegt hat, sich zu reformieren. Nichts, aber auch gar nichts, ist umgesetzt worden. Man hat das Gutachten schlicht ignoriert und weitergemacht wie bisher. Die Schulen stöhnen unter einem

unkontrollierten Ministerium, das jedes Rektorat jeden Tag mit diversen E-Mails mit etlichen Anhängen bombardiert. Rektoren sind kaum noch in der Lage, ihre täglichen Aufgaben zu erfüllen, weil sie unentwegt prüfen müssen, ob etwas in der Post liegt, um das sie sich kümmern müssen. Das Verrückteste ist, dass man sich die Ministerialschreiben inzwischen per E-Mail abholen muss. Man muss sich mit der Schulkennummer anmelden, damit in München kontrolliert werden kann, ob das Ministerialschreiben wirklich zur Kenntnis genommen wurde. Dann kann man sagen, ätsch, du hast einen Fehler gemacht. Auf diesem Gebiet werden wir einiges tun müssen; hier brauchen wir eine Art Kulturrevolution.

Das gilt im Übrigen auch für unsere Hochschulen. Wir reden ständig davon, dass sich unsere Hochschulen dem internationalen Wettbewerb stellen müssen. Das bedeutet aber auch, dass sie mehr Freiheit und Eigenverantwortung brauchen und weniger Einmischung der Ministerialbürokratie. Dann aber, Herr Wissenschaftsminister, wäre es schön, wenn die Hochschulen in der Lage wären, ihre Professoren selbst zu berufen.

Warum muss sich das das Ministerium vorbehalten? Warum dürfen solche Entscheidungen nicht von den Hochschulen getroffen werden? Nicht einmal über die Verlängerung für einen Professor, ich glaube das sind etwa drei Jahre, darf die Hochschule selbst entscheiden. Auch das muss das Ministerium entscheiden. Ich denke, hier gäbe es einiges zu tun.

Der Gipfel an unglaublicher Bürokratie aber ist der Umstand, dass unsere bayerischen Hochschulen kein eigenes Bankkonto führen dürfen. Warum braucht eine Hochschule ein Bankkonto? – Das braucht die Hochschule zum Beispiel, damit die Kliniken der Universitäten Zahlungen entgegennehmen können. Das geht aber nicht, das wird zentral in Landshut gemacht. Das ist Bürokratie, wie man sie sich schlimmer nicht vorstellen kann.

(Beifall bei der SPD)

Dieses eigenwillige Verfahren erschwert sogar die Anwendung von SAP-Programmen in der Datenverarbeitung der Kliniken. Unsere Hochschulen haben jetzt das Recht, eigene Kraftfahrzeuge anzuschaffen. Bravo. Das ist sicher Deregulierung. Wenn sie aber ein Fahrzeug leasen wollen, muss das Ministerium gefragt werden. Leasing muss das Ministerium genehmigen. Ich wundere mich nur noch.

(Frau Werner-Muggendorfer (SPD): So ein Schwachsinn!)

Ich komme jetzt zu einigen anderen Überlegungen hinsichtlich der Behördenstruktur. Baden-Württemberg will da einiges machen. Wenn wir nachziehen wollen, oder das Gleiche tun wollen, wären wir gut beraten. In Baden-Württemberg streitet man darüber, ob man Verwaltungsregionen machen soll oder Landkreise. Ich halte es für überflüssig, sich auf so einen Streit noch einmal einzulassen, denn diese Frage ist 1972 mit der Gebietsreform erledigt worden. Wir haben Landkreise und Regierungen, die sollen das machen. Alles Sonderbehörden hin-

gegen werden in Frage gestellt. So halte ich das für richtig.

Jetzt komme ich zum Kapitel Subventionsabbau. Das wäre eine schöne Geschichte. Sie müssen sich einmal vorstellen, dass die bayerischen Subventionen gerade einmal zu 40% investitionswirksam sind. 60% der bayerischen Investitionen gehen in den so genannten Overhead. Da werden Institutionen gepöppelt, da werden Filmpreise und weiß der Kuckuck was verliehen, das ist Kokolores. Wenn aber nur noch 40% der Subventionen investiv sind, dann meine ich, es wäre höchste Zeit, etwas zu tun. Im Subventionsbericht allerdings steht mit entwaffnender Ehrlichkeit, warum das nicht geht. „Das wäre“ – so steht da zu lesen – „immer ein Eingriff in die Stellung eines Begünstigten“.

(Frau Christine Stahl (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau!)

Das geht aber nicht, denn wir haben ja Wahlen. Wenn wir keine Wahlen haben, dann ist irgendetwas anderes. In jedem Fall dürfen wir Subventionen nicht angreifen, das ist ganz schwierig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Systematischer Vorschriftenabbau. Ich kann nur sagen: Bravo. Das Amtsblatt der Vereinigten Kultusministerien – beim Amtsblatt sind die Ministerien nicht geteilt – umfasst von Januar bis Mai 2003 ungefähr 1700 Seiten. 1700 Seiten! Wir haben einen Teil I, einen Teil II und eine Beilage. Das zusammengenommen umfasst 1700 Seiten. Auch die bayerische Finanzverwaltung bringt es allein in diesem Jahr auf 300 Seiten. Dabei war da die Stoiber-Äußerung „Keine unnötigen Vorschriften mehr“ schon gefallen. Aber wir bekommen laufend neue Vorschriften serviert. Wir meinen, da muss man etwas verändern.

Wir wollen eine Sunset-Legislation bei den Gesetzen. – Jetzt bin ich auch schon bei diesem Fachchinesisch. – Wir wollen also eine Gesetzgebung mit Verfallsdatum. Das führt zu einer ständigen Neuüberprüfung. Wir brauchen eine vorausschauende Gesetzgebung. Wir müssen uns als Gesetzgeber abgewöhnen, einfach Verordnungsermächtigungen zu geben.

(Hoderlein (SPD): Das ist ganz entscheidend!)

Anderenfalls kommen Ergebnisse heraus, die keiner will. Wir werden dann vor Ort mit der Frage konfrontiert: Wie kommt ihr dazu, so etwas zu machen? Dann sagen die Vertreter der Ministerien: Das steht in der Verordnung sowieso und in der Verwaltungsvorschrift sowieso. Als Gesetzgeber müssen wir also wesentlich vorsichtiger sein. Ich rate dazu, keine Ermächtigungsnormen mehr zu geben oder dies nur noch im Ausnahmefall zu tun. Der Ausnahmefall aber muss heißen: „Die Verordnung wird mit ... vorgelegt“. Nur so sieht man, was da zustande kommt.

Eine neue Vorschrift, zwei aufheben. Dabei bleibe ich. Da können manche sagen, das sei die Brechstangen-

Methode, das sei nicht vernünftig. Ich aber halte das für sehr vernünftig, weil nur dies zu einer dauernden Aufgabenkritik in den Ministerien führt. Jeder, der sagt, wir müssen etwas regeln, wird dann gefragt: Was können wir aufheben, was ist verzichtbar? Das ist zielführend.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben den Vorschlag gemacht, alle Vorschriften auf den Prüfstand zu stellen. Wer Details wissen will, den verweise ich gerne auf den Bericht. Wir wollen auch alle Verwaltungsvorschriften auf den Prüfstand stellen. Das sind in Bayern über 3000. Ich denke, es wird Zeit, dass man sie systematisch reduziert.

Herr Huber, ich bleibe dabei, wir fangen bei der Prüfung im Jahre 1802 an und nicht beim Reinheitsgebot im Jahr 1516. Das Bayerische Reinheitsgebot gilt in dieser Form schließlich nicht mehr, es ist seit 1906 reichsrechtlich geregelt. Jetzt ist es im so genannten Vorläufigen Biergesetz, zuletzt geändert im Jahr 1993, geregelt. Ich empfehle hierzu eine kurze Frage im eigenen Haus zu stellen. Sie würden dann sicher Aufklärung erhalten.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die älteste Rechtsvorschrift ist ein königlicher Erlass aus dem Jahr 1802: „Das Stift Sankt Anna allhier betreffend“. Warum man die noch braucht, weiß ich nicht. Ob sie noch für das Konkordat wichtig ist, das müssen kluge Leute prüfen. Ich selbst aber meine, man könnte das wahrscheinlich aufheben, wie auch eine weitere große Zahl von Vorschriften, bei denen keiner so recht sicher ist, ob sie noch gelten oder nicht. Viel schlimmer aber sind die neuen Paragraphen, die wir jetzt machen.

Meine Damen und Herren, ich wollte zum Abschluss noch eines sagen: Deregulierung ist immer die Aufgabe des Gesetzgebers. Deshalb ist der Gesetzgeber bei dieser Aufgabe auch als erster gefragt. Der Gesetzgeber ist auch derjenige, der den Haushalt verabschiedet und über den Stellenplan entscheidet. Deshalb gehören die Fragen der Entbürokratisierung hierher, in diesen Landtag. Wir sollten diese Fragen ernst nehmen. Ich selbst werde nicht mehr die Chance haben, im nächsten Landtag die Einrichtung eines eigenen Ausschusses hierfür zu beantragen. Ich rate aber dringend dazu, so zu verfahren. Wir haben in Deutschland nämlich eine Entwicklung, die mir wirklich Sorge macht. Dabei bin ich nicht allein, dazu gehören auch Kolleginnen und Kollegen der Union. Wir leiden an unterschiedlichen Orten daran.

Wir haben diese Kommissionitis. Wir bringen es fertig, dass die Regierungen immer wieder Kommissionen einsetzen, die Vorschläge machen, wie Sachverhalte geregelt werden müssen. Diese Kommissionen tragen dann Ergebnisse vor und dann kommt insbesondere an die Regierungsfaktionen die Aufforderung: Das muss 1:1 umgesetzt werden. Dann müssen die Regierungsfaktionen strammstehen – Sie hier in Bayern, wir in Berlin – und ich frage mich: Wo bleibt der Parlamentarismus?

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen hier sehr aufpassen. Ich sage Ihnen, da müssen wir alle zusammen aufpassen. Ich meine deswegen, die Formulierung, die in Ihrer Rede, Herr Minister Huber, am Anfang stand, wonach dies eine Aufgabe für alle ist, sollten wir durchaus aufgreifen. Wir sollten uns gründlich überlegen, wie wir dem Parlament in dieser Frage wieder zu seinem Recht verhelfen. Es kommt nicht von ungefähr, dass der Bundespräsident unisono mit dem Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts davor warnt, dass wir zu einer Entparlamentarisierung der Politik kommen. Das wirkt sich auf das Volk aus, weil das Volk dann seine Vertretung nicht mehr im Recht sieht. Das möchte ich beachtet wissen. Deshalb rate ich dazu, dass sich der Bayerische Landtag dieser Frage annimmt. Auch wenn der Ministerpräsident uns glauben machen will, das alles ließe sich ruckzuck erledigen, am 5. August und am 9. September, weil am 21. September dieses Jahres gewählt wird.

Die Verwaltungsreform ist ein zähes, langwieriges Geschäft. Sie erfordert das Bohren dicker Bretter. Das braucht seine Zeit, und deshalb sollte sich der Bayerische Landtag in der nächsten Legislaturperiode die Zeit nehmen, die bayerische Entbürokratisierung in die Hand zu nehmen, damit am Ende ein modernes, bürgernahes und bürgerfreundliches Bayern steht.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Das Wort hat Herr Kollege Meyer.

**Meyer (CSU):** Verehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Bayern hat eine Vorreiterrolle bei der Verwaltungsreform in Deutschland.

(Lachen bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Dr. Ritzer, Ihre zum Teil polemischen Ausführungen gehen ins Leere. Ich hätte mir einen besseren Abgang für Sie aus diesem Parlament gewünscht.

(Beifall bei der CSU – Widerspruch bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Deutschland ist ökonomisch und sozial in einer sehr ernsten Krise. Unter der Verantwortung von Rot-Grün sind wir das Schlusslicht beim Wirtschaftswachstum in Europa. Dramatische Defizite in den öffentlichen Haushalten und Sozialkassen mit all ihren negativen Folgewirkungen für die Bürger und Unternehmen in unserem Land, die Flut und Unüberschaubarkeit von Regulierungen und Reglementierungen hemmen die Eigeninitiative der Bürger und vor allem aller Bereiche der Wirtschaft.

(Zurufe von der SPD und vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb möchte ich deutlich sagen: Verwaltungsreform und Entbürokratisierung ist für die CSU-Landtagsfraktion eine zentrale politische Daueraufgabe.

(Zuruf von der SPD: Das sollte es sein!)

Vor zielführenden Reformvorschlägen muss eine Analyse der Ursache der Fehlentwicklungen stehen. Dies liegt einmal im Trend zu immer mehr Staat und immer weniger Eigenverantwortung. Überbordende Bürokratie ist schließlich auch Spiegelbild einer Volkskrankheit. Zwar ist jeder für Bürokratieabbau, aber jeder will nach dem Prinzip einer Vollkaskoversicherung auch jede erdenkliche Lebenslage klar geregelt und abgesichert haben. Und seien wir ehrlich zu uns selber: Wir erleben dies ja auch bei den vielen Bürgersprechstunden, die jeder Kollege und jede Kollegin vor Ort hält. Viele von uns wollen doppelte Sicherheit und setzen eben auf das gleichzeitige Tragen von Gürtel und Hosenträger. Weit verbreitet ist auch die Ansicht, dass all das, was der Staat macht, zwangsläufig besser, sozialer, gerechter und sicherer ist als bei der Leistungserbringung durch Private.

Vollkasko mentalität ist das eine, ein ausgeprägter Hang zum Perfektionismus auch in den Amtsstuben ist das andere. Eine Flut von Gesetzen und Verordnungen, vor allem aber auch von untergesetzlichen Vorschriften, insbesondere Ministerialschreiben, regeln heute nahezu jeden Lebenssachverhalt bis ins Detail. Gestaltungsspielräume für individuelle Lösungen vor Ort bleiben da oft auf der Strecke.

Es muss uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, hier gemeinsam im Hause gelingen, einengende Verordnungen und behördliche Durchführungserlasse auf das absolut notwendige Maß zu reduzieren. Soweit Ermessensspielräume bestehen, darf die Entscheidungsfreiheit der zuständigen Beamten – und viele sind dazu auch bereit – nicht durch zu große Regeldichte eingeschränkt werden.

Verwaltungsreform nur vor dem Hintergrund ökonomischer Daten zu diskutieren würde zu kurz greifen. Wir brauchen eine neue Kultur vor allem der Verantwortung nach dem Konzept der aktiven Bürgergesellschaft. Die zentrale Grundsatzentscheidung ist, entweder immer mehr Staat und immer weniger Eigenverantwortung oder weniger Staat, mehr Eigenverantwortung, mehr gelebte Solidarität. Unser Weg ist klar die neu geordnete und gelebte Verantwortungsgemeinschaft von Bürgern und Staat nach dem Motto: So viel Staat wie nötig, so wenig Staat wie möglich. Wesentliche Grundsätze hierfür sind:

Erstens. Der Vorrang für die Eigenverantwortung. Was der Einzelne zumutbar selbst leisten kann, muss er auch selber leisten.

Zweitens. Prinzip des Helfens. Wenn er trotzdem Hilfe braucht, hat er Anspruch darauf.

Drittens. Prinzip Gegenseitigkeit. Wer von den anderen etwas bekommen hat, muss auch seinen möglichen Beitrag leisten.

Und viertens. Verantwortung übernehmen für die Zukunft nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit.

Unsere Zukunftsstrategie muss deshalb sein: Vorrang für die kleinere Einheit als inneres Gestaltungsprinzip unseres Zusammenlebens. Die konsequente Umsetzung auch dieses Prinzips ermöglicht nach unserer Auffassung mehr Verantwortungsbereitschaft, mehr Kreativität, mehr Wettbewerb der Ideen und Innovationen, mehr Bürgernähe und Transparenz und vor allem geringeres Risiko für das Ganze auch bei Fehlentwicklungen.

Deshalb, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Entbürokratisierung und Abbau von Vorschriften ist das Gebot der Stunde. Das ist auch in den bisherigen Beiträgen hier im Hause zum Ausdruck gekommen. Wir brauchen Mut zur Lücke. Der Vorschriftenschwung muss gelichtet werden. Neue Vorschriften nur noch dann, wenn der Sachverhalt nicht ebenso gut durch die Bürger, den Markt oder auch durch die Wirtschaft selbst geregelt werden kann, oder zur Wahrung zwingender öffentlicher Interessen. Was nicht absolut und zwingend notwendig ist, darf nicht heraus. Hier ist ein grundlegender Mentalitätswechsel gefordert: weg vom Perfektionismus, hin zu mehr Freiraum und Eigenverantwortung. Nicht alles muss bis ins Detail in unserem Staate geregelt sein.

Wir brauchen eine Bürokratiefilter an der Spitze der Verwaltungen, um dem Hang zu immer noch detaillierteren Vorschriften Einhaltung zu gebieten. Vor diesem Hintergrund ist die von der Staatsregierung im März dieses Jahres beschlossene Aufwertung des Normenprüfungsausschusses auch sehr zu begrüßen.

Es bleibt weiter unser ehrgeiziges Ziel, 30% aller Vorschriften abzubauen. Alle Normen müssen im Rahmen eines Bürokratie-TÜVs nach und nach auf den Prüfstand. Das zweite Aufhebungsgesetz, das vom Landtag erst im Juni dieses Jahres verabschiedet wurde, sowie das dritte Aufhebungsgesetz, über das noch in dieser Woche Beschluss gefasst wird, sind dabei ein erster Schritt.

(Dr. Hahnzog (SPD): Was darin steht, Herr Meyer, ist doch lauter Schrott!)

Damit gehören auf einen Streich immerhin annähernd 200 Gesetze und Verordnungen der Vergangenheit an. An dieser Stelle möchte ich an unseren Grundsatzbeschluss vom November letzten Jahres erinnern: Bürokratie abbauen, Freiräume für Kreativität und Innovation schaffen. Ich darf hieraus nochmals einige Punkte ansprechen.

Wir sind dafür, dass Normen, für die ein zwingendes Bedürfnis nicht mehr nachweisbar ist, ersatzlos aufgehoben werden.

(Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Welche?)

Vorschriften sollen vermehrt zeitlich befristet werden, um sie dann auf ihre aktuelle Notwendigkeit und Richtigkeit hin zu überprüfen. Dies bedeutet, dass nach einem gewissen Zeitraum alle Vorschriften wieder auf den Prüfstand gestellt werden sollen. Eine Vorschrift, die im

Jahre 2003 erlassen werden muss, braucht man vielleicht nicht mehr im Jahre 2008. Hier brauchen wir den politischen Mut, auch den Willen dazu, dies entsprechend anzugehen.

(Beifall bei der CSU)

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen, General Klauseln ist grundsätzlich der Vorrang vor Detailregelungen einzuräumen. Einengende Verordnungen und behördliche Durchführungserlasse müssen auf das absolut notwendige Maß reduziert werden. Dokumentationspflicht und Statistiken in der Verwaltung müssen so weit als möglich reduziert werden. Mit allem Nachdruck – und hier sollten wir mit einer Sprache sprechen – ist darauf hinzuwirken, dass gerade auch vonseiten der Europäischen Union keine überflüssigen bürokratischen Hindernisse und Kontrollmechanismen vorgegeben werden.

Die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Landtagsfraktion haben bereits erhebliche Schneisen in das Verwaltungsdickicht geschlagen. Viele Reformen sind bereits umgesetzt. Herr Kollege Dr. Ritzer, ich möchte einige Beispiele anführen: die drastische Reduzierung und Vereinfachung von Fördertatbeständen, die Einführung der Budgetierung und Kosten-Leistungs-Rechnung in der Verwaltung, Aufgabenabbau und Straffung von Verwaltungsabläufen bei Ministerien und Bezirksregierungen, Aufgaben- und Organisationsreform bei den Landratsämtern zum Beispiel durch die Eingliederung von Gesundheitsämtern und Veterinärämtern, die Modernisierung der Landwirtschaft und der Staatsforsten, der Wasserwirtschaftsverwaltung und vor allem auch der Schlösserverwaltung – darüber hatten wir auch im Haushaltsausschuss des Landtages mehrfach diskutiert –, die umfangreiche Genehmigungsfreistellung beim Bau von Wohn- und Gewerbebauten im Zuge der Baurechtsnovelle.

Herr Staatsminister Erwin Huber hat heute treffend dargestellt, dass seit 1994 104 000 Wohngebäude im Freistaat Bayern auf der Grundlage der Baurechtsnovelle, die wir zu Beginn der Neunzigerjahre verabschiedet haben, genehmigungsfrei erbaut wurden.

Wir müssen diesen Weg weitergehen; das Bayernmodell wurde auch von SPD-regierten Bundesländern übernommen. Auf zahlreiche weitere Initiativen der Arbeitsgruppe „Verwaltungsreform“ der CSU-Fraktion, die wir in der letzten Zeit gerade im Bereich Landwirtschaft und Kommunales einbrachten und die in dieser Woche im Parlament verabschiedet werden, wird nachher noch Kollege Markus Sackmann eingehen. Ich möchte aber heute schon die Gelegenheit wahrnehmen, den Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion sehr herzlich dafür zu danken, dass sie in diese Arbeit viele Vorschläge aus der Praxis eingebracht haben, die wir auch in Antragsform gegossen haben. Ich freue mich, dass bereits eine Vielzahl unserer Anregungen umgesetzt wurde.

(Beifall bei der CSU)

Im Vergleich zur rot-grünen Bundesregierung und zu anderen Ländern kann sich Bayern beim Thema „Ver-



waltungsreform“ sehr gut sehen lassen. Dagegen gibt es auf Seiten der SPD in Sachen Bürokratieabbau nicht viel Neues. Zwar hat die so genannten Ritzer-Kommission unlängst ihren Abschlussbericht vorgelegt. Kollege Dr. Ritzer hat heute daraus zitiert, aber mehr in die Vergangenheit geschaut. Dabei handelte es sich aber im Wesentlichen um Wahlkampfaktionismus, wie insbesondere der Blick auf die ständig wiederkehrenden Forderungen nach einer Verkleinerung der Staatsregierung deutlich macht. Die Vorschläge der SPD gehen am Kernproblem eigentlich vorbei.

(Beifall bei der CSU)

Die Anzahl der Ministerien zu verkleinern, bedeutet nämlich noch lange keinen Abbau der damit verbundenen Aufgaben.

(Huber (CSU): So ist es!)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Meyer (CSU):** Nein. Das von der SPD immer wieder gebetsmühlenhaft aufgelegte Märchen von der größten Landesregierung ist und bleibt ein Märchen. Schleswig-Holstein hat zum Beispiel pro 160 000 Einwohner einen Minister oder Staatssekretär, Bayern hat pro 650 000 Einwohner ein Kabinettsmitglied. Überhaupt redet die SPD in Sachen Bürokratie anders als sie handelt. Wenn es um mehr staatliche Kontrolle, um mehr staatlichen Aufwand oder um mehr staatliche Zuständigkeiten geht, befindet sich die SPD stets an der Spitze der Bewegung. Wo sie Regierungsverantwortung trägt, entstehen wahre Bürokratiemonster, wie zum Beispiel die sehr komplizierte Riester-Rente zeigt. Ich darf auch daran erinnern, dass in Niedersachsen unter Gerhard Schröder als Ministerpräsident die Verwaltung um 6000 zusätzliche Mitarbeiter aufgebläht wurde. Die von der Staatsregierung einberufene Henzler-Kommission hat wichtige Akzente gesetzt.

Ich möchte heute für die CSU-Fraktion dieser Kommission und Herrn Prof. Dr. Henzler sehr herzlich für ihre Arbeit danken. Aber auch dem Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Erwin Huber, möchte ich für die gute Zusammenarbeit in dieser Frage ein herzliches Dankeschön aussprechen.

(Beifall bei der CSU)

Der Vorschlag, ein „Wirtschaftsrecht light“ für Betriebe bis maximal 20 Beschäftigte zu schaffen, ist zu begrüßen. Flexibilisierungen, etwa im Bereich des Kündigungs- und Arbeitszeitrechts, sowie Entlastungen von Bürokratieaufwand bei der Buchführung und bei Steuern eröffnen Kleinunternehmen wieder attraktivere Rahmenbedingungen für unternehmerisches Handeln. Wir müssen insbesondere unser Handwerk und unseren Mittelstand im Auge haben, gerade was den Verwaltungsaufwand bedeutet. Hier müssen wir Verwaltungsvereinfachung vorantreiben.

Für wichtig und richtig halte ich auch das Konzept „alles aus einer Hand“. Von Existenzgründern werden immer wieder der hohe Kosten- und Zeitaufwand und die komplizierten Behördenzuständigkeiten bei Unternehmensgründungen beklagt. Hier besteht unzweifelhaft Handlungsbedarf. Eine Anlaufstelle muss ausreichen. Diese muss dann in einem überschaubaren Zeitraum auch über die Genehmigung entscheiden. So stelle ich mir schlanke, effiziente und vor allem bürgerfreundliche Strukturen vor.

Ein Hauptproblem sind sicher die vielen Statistikpflichten, die unseren Unternehmen auferlegt werden. Zu Recht schlägt die Henzler-Kommission vor, diese Belastungen deutlich zu reduzieren. Ihrem Vorschlag kann man nur zustimmen. Wir müssen an diese Sache herangehen. Hier abzubauen, ist eine Grundforderung, die wir in die bisherigen Diskussionen unserer Fraktion eingebracht haben. Auch diese Themen sind neben vielen anderen Themen, die die CSU-Fraktion vorschlug, im Abschlussbericht von Prof. Henzler enthalten.

Staatsminister Erwin Huber kündigte heute an, die Vorschläge der Henzler-Kommission rasch umzusetzen, soweit das in bayerischer Landeskompetenz möglich ist. Soweit Bundesrecht betroffen ist, sollen umgehend Bundesratsinitiativen eingebracht werden.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hahnzog (SPD))

Ich darf hier der Staatsregierung die nachdrückliche Unterstützung der CSU-Fraktion zusagen; denn wir brauchen diese Reformen dringend. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Kollege Dr. Hahnzog, sicher sind Sie mit mir der Auffassung, dass wir diese Reformen brauchen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hahnzog (SPD))

Weniger Staat – mehr Eigenverantwortung, das ist unabdingbare Voraussetzung gerade auch für den wirtschaftlichen Aufschwung und für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Entbürokratisierung ist aber keine einfache Angelegenheit, die von heute auf morgen im Handumdrehen zu bewältigen wäre. Sie ist vielmehr eine Daueraufgabe, für die wir einen langen Atem brauchen, wenn wir Strukturen wirklich grundlegend verändern wollen. Wir von der CSU sind hierzu bereit. Ich lade alle Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses ein – ich betone: alle Kolleginnen und Kollegen –, uns auf diesem Weg zu begleiten.

(Beifall bei der CSU)

**Frau Zweite Vizepräsidentin Riess:** Das Wort hat Herr Kollege Dr. Runge, bitte.

**Dr. Runge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sich mit der Thematik „Deregulierung und Entbürokratisierung“ zu befassen, ist an sich nichts Schlechtes – im Gegenteil. Angesagt ist, sich immer wieder Gedanken darüber zu machen, wo und wie überbordende Bürokratisierung abgebaut werden kann. Auf diesem Gebiet passiert relativ viel. Herr Kollege Dr. Ritzer hat die einzelnen Kom-

missionen und Wirtschaftsberatungsunternehmen genannt, die gerade in Bayern auf diesem Gebiet schon tätig waren. Allerdings hapert es meistens an der Umsetzung der Vorschläge. Aber was hier seitens der Staatskanzlei produziert und mit welchem Getöse und Gedröhn die Vorschläge auf den Markt geworfen wurden, ist für sich schon lächerlich.

(Beifall beim BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Hierfür scheint der Wahlkampf das Hauptmotiv zu sein. Herr Prof. Henzler hat es nur für nötig erachtet, Herrn Huber zu lauschen. Als Dr. Ritzer zu reden anfangt, verschwand er. Herr Prof. Henzler hat sich halt schlicht und ergreifend missbrauchen lassen.

(Widerspruch bei der CSU)

Völlig lächerlich und daneben ist es, die Thematik zur Generalabrechnung mit Rot-Grün in Berlin nehmen und konstruieren zu wollen, Bayern sei der Musterknabe, Berlin der Sündenbock. Das ist lächerlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Denn gerade in Bayern gibt es übelste Auswüchse an Überregulierung und Überreglementierung, an überbordender und übermäßiger Bürokratie. Ich sage ganz bewusst: das gehört zum System „Bayern und CSU“, wie Sie es in den letzten 40 Jahren geschaffen haben. Kollege Ritzer drückte sich etwas höflicher und vornehmer aus. Die Durchdringung mit Filz auf der einen Seite und überbürokratischen Strukturen auf der anderen Seite ist das Markenzeichen hier in Bayern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es dient den Netzwerken und Seilschaften, es schafft und bewahrt Abhängigkeiten und Günstlingswirtschaft; Herr Dr. Ritzer sagte richtigerweise: Gefälligkeitsstaat.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren, ein Beispiel für die Scheinheiligkeit –

(Erster Vizepräsident Dr. Ritzer übernimmt den Vorsitz – Heiterkeit)

– es wird gewechselt, aber ich habe Sie im letzten Satz angesprochen – ein Beispiel für die Scheinheiligkeit der CSU im Plenum – Herr Sackmann, hören Sie genau zu, auch Sie sind immer einer der Oberbeteiligten –: Es ist ungefähr ein dreiviertel Jahr her, damals wurde von Seiten der CSU gegen die Bauabzugssteuer geätzt.

(Unruhe bei der CSU)

Der böse Bund, welchen Blödsinn hat er da wieder gemacht? Zwei Wochen früher gab es allerdings eine Jubel-Pressemitteilung aus dem Hause Beckstein, Bayerns Einsatz wäre es zu verdanken, dass es jetzt endlich die Bauabzugssteuer gebe. So scheinheilig und so inkompetent sind Sie bei diesem Thema.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Jetzt zur so genannten Henzler-Kommission und zur Umfrage. Zu fragen, wo die Unternehmer und die Unternehmen der Schuh drückt, ist an und für sich nicht dumm. Es gäbe allerdings bessere Wege, als mit einem relativ anonymen Fragebogen vorzugehen; denn auch dies wird von den Unternehmen als Bürokratie wahrgenommen. Es gäbe bessere Wege. Herr Sinner, der leider nicht mehr da ist, hat es mit dem Bürgergutachten vorgebracht. Man könnte auch so genannte Unternehmen-Gutachten machen. Immerhin hat aber ungefähr jeder zweihundertste Unternehmer geantwortet.

Die Antworten, die Verbesserungsvorschläge, die Begehrlichkeiten sind schon spannend. Stark im Vordergrund stehen politisch-inhaltliche Anliegen, die mit Bürokratieabbau im eigentlichen Sinne nichts, aber auch überhaupt nichts zu tun haben. Deswegen sollte man diese Punkte auch nicht in der Diskussion über Bürokratieabbau anführen – es geht nämlich um Punkte wie weniger Kündigungsschutz, keine Lohnfortzahlung im Krankheitsfall mehr, mehr Lkw-Fahrten auf Autobahnen am Sonntag. Dies sind andere Themen, die in dieser Diskussion meines Erachtens nichts verloren haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann gibt es viele Beschwerden und Vorschläge, die eigentlich nur an die bayerische Verwaltung, an die bayerische Bürokratie gerichtet sind. Bei den Statistiken – das ist auch schon bemüht worden – liegt das Landesamt hinsichtlich der Nennungen sogar noch vor dem Statistischen Bundesamt. Zweidrittel der Teilnehmer beklagen sich über bürokratischen Aufwand bei Baugenehmigungen – auch hier ist Bayern allein angesprochen. Augenfällig ist die Fokussierung auf Schikanen bei Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigungen ausländischer Mitarbeiter. Dazu passt wunderbar eine Überschrift in der „Süddeutschen“ vom 2. Juli: „Gastronomen klagen über zuviel Bürokratie. Strenge Bestimmungen machen es schwer ...“. Was kommt vom zuständigen Minister Beckstein, wenn wir hier Bürokratieabbau für unsere Wirtschaft fordern? – Es kommt der Verweis auf die Beschlüsse der Innenministerkonferenz, und dass gar nichts ginge. Dazu muss man ganz klar sagen: In anderen Bundesländern, auch Unionsgeführten, geht sehr wohl mehr; es gibt sehr wohl mehr Beweglichkeit. Hier würden wir uns Ansatzpunkte für Bürokratie- und Schikanenabbau wünschen. Dies fordern wir von der Bayerischen Staatsregierung massiv ein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Spannend sind auch die Aussagen zur Bürokratiebelastung in den so genannten Kernprozessen. Ganz oben bei den Nennungen – Herr Huber, Sie kennen es ja – steht die Beschaffung von Fördermitteln. Daneben wird immer wieder das Gründergeschehen genannt. Dazu müssen wir sagen: Reihenweise gab es Vorstöße von uns und von der SPD, zu Verbesserungen zu kommen, zum Teil auch zu Lockerungen zu kommen. Alles ist seitens der CSU und der Staatsregierung mit der Begründung abgebügelt worden, es wären keine Änderungen

notwendig. Ich darf nicht zuletzt an unseren Entwurf für ein neues Mittelstandsförderungsgesetz erinnern. Darin waren viele dieser Punkte enthalten. Er ist aber einfach abgebügelt worden; er sei nicht notwendig gewesen. Es muss also erst wieder eine Kommission arbeiten und auf die Missstände hinweisen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Kommission selbst und zu deren ersten Verlautbarungen sind im Grunde die Zeitungskommentare und -überschriften selbstredend. Ich darf zitieren: „Viel Papier, magere Ergebnisse. Das Ergebnis ist – vorsichtig gesagt – enttäuschend.“, schreibt der „Münchner Merkur“. „Eine überflüssige Kommission“ steht in der „Süddeutschen Zeitung“ von heute. „Bayern nicht immun“ – ich verlese mich nicht – „Anti-Entbürokratie-Kommission weiß wenig Neues“ schreibt Henry Stern. Vielleicht war dies ein Freudscher Versreiber des geschätzten Henry Stern, aber vielleicht hat er sich bei der Wahl dieses Begriffes auch etwas gedacht.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Wilhelm (CSU))

– Ja, Journalisten können auch sehr, sehr weitsichtig sein, Herr Kollege Wilhelm, und sogar sehr ironisch.

Zusammengefasst beinhalten die Vorschläge im Grunde sehr, sehr viel Altbekanntes, daneben auch einiges Wirre. Zum Beispiel finden wir auf ein und derselben Seite die Forderung nach Entlastung von betrieblicher Mitbestimmung, während es zwei Sätze weiter heißt: Stärkung betrieblicher Bündnisse für Arbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat. Was wollen sie jetzt eigentlich. Wollen sie die betriebliche Mitbestimmung stärken oder schwächen? In der Kommission weiß man offensichtlich auch nicht so ganz, was Sache ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann gibt es jede Menge schöner Anglizismen: back to the basics, one stop agency, skilled service und small company act, der hier auch schon hinreichend bemüht worden ist. Das ist die Antwort auf Schröders und Hartzs small business act. Dazu sagen wir ganz klar: Die Staatsregierung muss aufpassen, aber auch Schröder und die Bundesregierung müssen aufpassen, dass auf der einen Seite nicht auf einmal lauter gehätschelte, bevorzugte Kleinstunternehmen vorhanden sind, auf der anderen Seite aber mittlere Unternehmen, die mit den Kleinstunternehmen im Wettbewerb stehen und die die regulären Arbeitsplätze und die Ausbildungsplätze haben, immer weniger werden. Ich bin einmal nicht mit Ihnen eins, Herr Präsident und Kommissionsvorsitzender Ritter: Ich bin der Staatsregierung sehr dankbar dafür, dass sie das Kleinunternehmenförderungsgesetz des Bundes durch ihren Einsatz im Bundesrat erst einmal nicht so hat durchgehen lassen. Unseres Erachtens wäre da nämlich doch sehr viel Mist passiert. Ähnlicher Mist wird aber jetzt mit dem small company act propagiert. Ich bitte Sie, auch darauf aufmerksam zu blicken.

Interessant ist dann auf der anderen Seite, wie sich die Kommission um bestimmte spannende Fragen in der derzeitigen Deregulierungsdiskussion drückt. Ich nenne

die Beispiele Reformierung der Handwerksordnung, großer Befähigungsnachweis als zwingende Voraussetzung für den Gang in die Selbstständigkeit oder die Zwangsmitgliedschaft in den Kammern. Daran wird sehr elegant vorbeigegangen; in diesen Fällen stößt der Reformeifer von Staatsregierung, CSU und ihren Satelliten blitzschnell an seine Grenzen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erinnere mich noch sehr gut an einen Dringlichkeitsantrag der CSU zur Handwerksordnung im vorletzten Plenum. Dort war von behutsamen Reformen zu lesen, herauszuhören war: gar keine Reformen. Dort wird wieder nichts vorgewiesen. Das ist dasselbe Spiel wie beim Subventionsabbau. Der Ministerpräsident führt ihn im Mund, die Minister führen ihn im Mund, die Abgeordneten führen ihn im Mund. Wenn es dann aber erste Vorschläge gibt, wenn zum Beispiel Steuervergünstigungen abgebaut werden sollen, dann ist dies Teufelszeug. Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass, gilt für den Subventionsabbau genauso wie für Deregulierung und Entbürokratisierung. Dies ist nichts als Scheinheiligkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sitze im Wirtschaftsausschuss. Sie reden von Bürokratieabbau, aber monatlich behandeln wir Anträge der CSU, deren Umsetzung mehr Bürokratie bedeuten würde. Ich nenne als Beispiele Anforderungen an und Befähigungsnachweise für Versicherungsmakler, für Leute im Fremdenverkehr. Sinnvolle Gedanken mögen darin auch enthalten sein, aber man muss dazu ganz klar sagen: Dies würde für mehr Bürokratie sorgen.

Zu den Auswüchsen in Bayern, Herr Huber, da kommen Sie uns gerade recht. Ich nenne das Bayerische Weinabsatzförderungsgesetz, eine zweite Zwangsabgabe für die bayerischen Winzer neben jener an den Deutschen Weinfonds. Daneben gibt es jede Menge an weiterer Bürokratie. Ein anderes Beispiel: Wie sehr wird in Bayern die Windenergie durch bürokratische Auflagen behindert? Ich erinnere an den diesbezüglichen jüngsten SPD-Antrag.

Zu den Dokumentations- und Meldepflichten und den statistischen Pflichten: – Für uns wichtige Dinge, darüber findet man angeblich nichts. Vielleicht werden uns die Dinge auch vorenthalten. Beispielsweise gibt es angeblich keine Übersichten über freie Gewerbeflächen und Brach- und Konversionsflächen. Blättern wir aber auf der anderen Seite in den Agrarstatistiken, können wir auf den Hundertstel Hektar genau die Anbauflächen für Radi, Radieschen und Kohlrabi nachlesen.

Herr Huber, Sie haben sich gerade so aufgeplustert und aufgeführt. Ich erinnere an die Online-Aktivitäten, an Ihre Online-Politik. Sie haben hier bürokratische Monster zusammengeballt und zusammengebraut. Sie haben nicht nur Hunderte von Millionen in den Sand gesetzt, sondern dies war auch innovationsfeindlich und kleinunternehmen- und gründerfeindlich. Ein Beispiel: Der virtuelle Marktplatz Bayern enthält viel zu überzogene büro-

kratische Auflagen. Sie sind von Siemens und SAP erfunden worden, dies aber in Ihrem Auftrag.

Sie haben damit kleinen Internetdienstleistern keinen Gefallen getan und Innovationen verhindert.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Staatsminister Huber, in Ihrer Rede waren heute viele Anwürfe und Schlagworte zu hören, zum Beispiel die berühmten dreimal 40. Da gibt es jedoch auch das Regierungsprogramm für die Kanzlerwahl des Ministerpräsidenten. Dort ist von zahlreichen Versprechungen zu lesen, die Kosten in Milliardenhöhe verursachen würden. Er fordert eine Spallationsquelle für die neuen Bundesländer und Steuermittel für den Transrapid und gleichzeitig eine Senkung der Steuern und der Staatsquote. Das alles passt nicht zusammen. Oder Sie müssten diese Gelder von den sozial Schwachen nehmen. Wir sagen dazu Nein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Staatsminister Huber, ich möchte noch einige Ihrer Zitate nennen. Sie sagten, „ein Selbstständiger bringe heute im Schnitt 324 Stunden pro Jahr mit Bürokratie zu; das sei mehr als eine Stunde pro Arbeitstag“. Der Rechenweg ist das Einzige, was hier stimmt. Ich habe zehn Selbstständige aus akademischen und nichtakademischen Berufen befragt, nämlich Zahnarzt, Rechtsanwalt, Wirtschaftsprüfer und Schreiner. Diese Leute haben sich an die Stirn gelangt. Das bedeutet, Herr Huber weiß überhaupt nicht, wovon er redet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ein weiteres Zitat: „Mehr Staat bedeute weniger wirtschaftliche Dynamik.“ Herr Huber, wenn Sie davon überzeugt sind, frage ich Sie, warum LWS, warum Kirch, warum Maxhütte? Das sind Beispiele für Staatswirtschaft pur, für Interventionismus und teilweise für Filz. Wenn Sie der Meinung sind, mehr Staat bedeute weniger wirtschaftliche Dynamik, dann machen Sie es uns in der Staatsregierung vor. Fazit: Was Sie heute verbraten haben, ist teilweise alter Wein in neuen Schläuchen. Wir haben heute das übliche „Rumgehubere“ und Rumgebolze erlebt. Gerade in Bayern brauchen wir weniger Staatswirtschaft, weniger Filz und partiell weniger Bürokratie.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Wir werden Sie in dieser Frage an Ihren Worten und an Ihren Sprüchen messen. Der beste Ansatzpunkt, an dem Sie Ihren Worten Taten folgen lassen könnten, wäre die völlig überdimensionierte und aufgeblähte Staatskanzlei. Das Abspecken dieser Staatskanzlei hätte mehrere Vorteile: Sie könnten damit ein lobenswertes Vorbild geben und viel Schaden von den bayerischen Bürgerinnen und Bürgern abwenden, wenn Sie Ihre Leute von Aufgaben entlasten würden, von denen sie nicht allzu viel verstehen. Ich habe bereits einige Beispiele genannt. Es gäbe noch eine Reihe von Beispielen. Ich möchte es aber

dabei belassen. Herr Huber, Sie sollten zuerst bei sich selbst anfangen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Sackmann.

**Sackmann (CSU):** Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich kurz auf die Grundlage unserer Diskussion zurückkommen. Ich möchte noch einmal betonen, dass das Thema „Entbürokratisierung“ für uns auf dem Grundsatz und dem Leitbild der Sozial- und Bürgerkultur fußt. Wir werden immer wieder den Vorrang der Eigenverantwortung vor dem staatlichen Dirigismus betonen, auch wenn dies Manchem nicht passt. Wir wollen mit den tiefgreifenden Vorschlägen, die die Henzler-Kommission unterbreitet hat, Potenziale für unsere angeschlagene Wirtschaft nutzen.

Heute wurde seitens der Opposition leichtfertig über die Henzler-Kommission geredet. Unser Kollege Heinrich Traublinger und mein Landrat Theo Zellner waren Mitglieder dieser Kommission. Meine Damen und Herren von der Opposition, diese beiden Kollegen haben die Kommission genutzt, um die Anregungen aus der Wirtschaft, die Anregungen der Unternehmer und Handwerker, weiterzugeben. Herr Kollege Dr. Runge, auf vielen Veranstaltungen und in vielen Gesprächen hat sich dabei gezeigt, dass dieser Einsatz von der Wirtschaft dankbar angenommen wurde. Ich danke allen, die diese Arbeit auf sich genommen haben.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind uns einig, dass die Entbürokratisierung eine Daueraufgabe bleibt. Deswegen möchte ich deutlich sagen, dass ich es nicht für gut halte, dass wir unsere Vorschläge gegenseitig schlechtreden. Ich muss dabei auch den Präsidenten persönlich erwähnen. Herr Präsident, Sie haben vorhin gesagt, dass das Wirtschaftsministerium zehn Grundsatzabteilungen habe. Ich habe mich erkundigt: Das Wirtschaftsministerium hat insgesamt nur acht Abteilungen, darunter nur eine Grundsatzabteilung. Herr Kollege Dr. Ritzer, wenn Sie solche Behauptungen in den Raum stellen, müssen Sie sich vorher informieren. Sie sollten nicht irgendwelche Dinge in den Raum stellen.

(Beifall bei der CSU)

Als Abgeordneter habe ich leidvoll erleben müssen, was es heißt, für ein Gebiet zuständig zu sein, das wie kaum ein anderes in Bayern vom Hochwasser betroffen war. Ich werde nicht vergessen, wie die Leute auf uns zukamen und sagten, dass der Bundeskanzler in Gummistiefeln auf dem Deich gestanden sei und gesagt habe, alles werde so wie vorher. Diese Aussage richtete sich im ehrenamtlichen Bereich vor allem an die Sportvereine. Tatsächlich hat das Monate gedauert. Der Bayerische Innenminister musste sich noch einmal vor Ort informieren, weil die Verwaltungsvorschläge des Bundes so kompliziert und bürokratisch waren, dass sie von den

Ehrenamtlichen kaum umgesetzt werden konnten. Das sind die Fakten.

Die Kultusministerin ist vor kurzem im Rahmen ihrer Regierungserklärung auf die Verwaltungsvereinbarung mit Frau Bulmahn eingegangen. Frau Bulmahn behauptet, diese Vereinbarung hätte es nie gegeben. Mir liegt sie jedoch vor. Die Kultusministerin hat aus dieser Verwaltungsvereinbarung zitiert. Ich möchte einen Passus vorlesen:

Einen besonderen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung soll die Verwaltungsvereinbarung für die Ganztageschulen bringen. Die Projekte müssen dem Land gemeldet werden, das diese wiederum an den Bund meldet, der wiederum feststellt, ob das Land richtig geprüft hat. Dann geht das Ganze mit Änderungsvorschlägen wieder zurück an die Kommunen und die Projektträger, die dann wiederum einen neuen Vorschlag an das Land geben können. Dann geht es wieder von vorne los.

Vor allem war der Hinweis interessant, dass ein Hinweisschild angebracht werden müsse, dass dieses Geld vom Bund komme. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir können viele Beispiele anführen, wo immer wieder Bürokratie entsteht. Wir sollten jedoch gemeinsam an der Daueraufgabe des Bürokratieabbaus arbeiten. Wir sind dazu bereit. Ich fordere Sie auf, mitzumachen.

Die erste Chance dazu werden Sie morgen und übermorgen haben. Herr Kollege Meyer, wir haben ein umfangreiches Antragspaket eingebracht. Eine große Anzahl von Anträgen wird in den nächsten beiden Tagen zu behandeln sein. Ich möchte einige Schwerpunkte daraus nennen:

Zunächst das Soziale. Ich war schon ein wenig überrascht, dass der erste Antrag, den wir mit dem Ziel des Abbaus bürokratischer Hemmnisse eingebracht haben, von den Kollegen der SPD als „Kniefall vor den Wohlfahrtsverbänden“ dargestellt wurde. Wir haben damit einen Vorschlag für eine Verwaltungsvereinfachung gemacht. Die Pflege würde dadurch sicher nicht verschlechtert. Kein Patient und kein Bewohner eines Pflegeheims würde dadurch schlechter gestellt. Sie sagen dazu, dass dies ein Kniefall sei. Sie haben unseren Vorschlag sofort schlechtgeredet. Das wollte ich mit den Beispielen, die ich gerade genannt habe, deutlich machen.

Ein weiteres Beispiel ist die Schule. Lehrer, die wieder eingestellt werden sollen, müssen lange Verfahren durchlaufen, bevor sie wieder eingestellt werden können. Wir haben dieses Thema aufgegriffen.

Nun zum Mittelstand. Wir haben Vorschläge zur Vereinfachung der Gewährung europäischer Fördermittel gemacht. Wir wollten administrative Anforderungen sowie Überprüfungen und Statistiken reduzieren. Die Kollegen Kustner, Weichenrieder, Eckstein, Ranner und Fink haben zusammen mit dem Kollegen Franz Meyer diese Vorschläge zum Thema „Landwirtschaft“ erarbeitet. Zu nennen sind hier die Zusammenfassung von Förder-

maßnahmen, die Vereinfachung der Abgabe von Tierarzneimitteln usw.

Nun zu den Kommunen. Wir haben vorgeschlagen, Doppelprüfungen, zum Beispiel bei Bauplänen für Schulen, wegfällen zu lassen. Ferner wollten wir das Vorkaufrecht und wasserrechtliche Erlaubnisse vereinfachen, beim Vertragsnaturschutz eine Stelle als Bündelung schaffen, Pauschalierungen einführen, Statistiken abschaffen und Genehmigungsverfahren abbauen. Ich möchte noch einmal im Namen der Arbeitsgruppe unserem Vorsitzenden Franz Meyer, herzlich für seine unermüdete Arbeit danken. Ich möchte aber auch den Bürgerinnen und Bürgern, den Arbeitgebern und Arbeitnehmern und den vielen Vertretern der Kommunen, die uns in den letzten Wochen und Monaten mit Anregungen unterstützt und geholfen haben, ein herzliches Dankeschön sagen. Lieber Franz Meyer, manchen Punkt werden wir erst in den nächsten Monaten aufarbeiten können. Uns ist es ernst mit der Daueraufgabe „Entbürokratisierung“. Meine Damen und Herren von der Opposition, wenn es Ihnen ebenfalls mit dieser Aufgabe ernst ist, können Sie morgen und übermorgen mit Ihrer Zustimmung zu unseren Anträgen einen entsprechenden Beitrag leisten.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritter:** Der nächste Redner ist Herr Kollege Dr. Dürr.

**Dr. Dürr (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute ziemlich viel heiße Luft zum Thema Bürokratieabbau mitbekommen. Bürokratieabbau – darauf hat Kollege Dr. Runge schon hingewiesen – besteht nicht darin, Arbeitnehmerrechte einzuschränken oder den Umweltschutz abzubauen. Es kann nicht darum gehen, bornierte einseitige Interessen durchzusetzen, selbst wenn es die Interessen von Unternehmern sind.

Dafür, was Bürokratie in Bayern wirklich bedeutet, werde ich Ihnen jetzt ein Beispiel geben. Kollege Huber, ich möchte Sie in die Wirklichkeit zurückholen, damit Sie sehen, wie groß die Aufgaben in Bayern sind. Das ist ein kleines, simples Beispiel.

Wir haben zu Hause einen Gemüseanbau. Seit Jahrzehnten fressen die Hasen und die Rehe alles weg. Am Anfang habe ich gedacht, ich lasse sie auch fressen; das sind sozusagen auch Menschen, die wollen auch leben. Die Hasen und Rehe haben sich im Laufe der Jahre bei mir aber immer wohler gefühlt und sich immer weiter ausgebreitet. Im letzten Jahr wurde bei uns im Betrieb nichts mehr geerntet, weil alles abgefressen war. Weit und breit ist nämlich kaum etwas, was man fressen kann; das schmeckt keinem Hasen und keinem Reh mehr. Deshalb kommen sie immer zu uns zum Fressen. Die bevorzugen auch den Ökoanbau. Das haben Fütterungsversuche nachgewiesen.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben also beschlossen, einen Wildschutzzaun zu errichten. Er kostet ziemlich viel Geld. Das Material kostet viel, und man muss auch viel Arbeit reinstecken. Kollege Huber, ein Wildschutzzaun ist genehmigungsfrei, oder sagen wir: Es heißt, er ist genehmigungsfrei. Sie haben uns vorher mit Stolz erzählt, dass seit der Änderung der Bauordnung 1994 fast ein Drittel aller Wohngebäude genehmigungsfrei gebaut worden sei. Versuchen Sie doch einmal, etwas genehmigungsfrei zu bauen! Wir haben versucht, einen Zaun genehmigungsfrei zu bauen.

Anfang Oktober 2002 haben wir bei unserem Bauamt in Germering eine Anfrage gestellt, ob ein Bauantrag erforderlich sei. Die Auskunft Mitte Oktober, also schon zwei Wochen später, lautete: Wir müssen einen Ortstermin mit einem Vertreter des Bauamts durchführen, weil zwar die Errichtung des Wildschutzzauns bis zu zwei Metern Höhe genehmigungsfrei sei, aber dennoch eine Stellungnahme des Bauamts erforderlich sei; das sei aber kein Problem, die Notwendigkeit sei nämlich klar, und wir bekämen eine Woche nach Rücksprache mit dem Bauamtsleiter Bescheid.

(Hofmann (CSU): Wie lange dauert das jetzt? Ich schaue auf die Uhr!)

– Das dauert nicht so lange, wie die Errichtung des genehmigungsfreien Zauns gedauert hat, keine Frage.

(Heiterkeit und Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Anfang November letzten Jahres haben wir erneut telefonisch nachgefragt, wo die Antwort bleibt. Dann hieß es: Eine Zustimmung ist nicht möglich, weil das Landwirtschaftsamt dagegen ist. Also haben wir eine Auskunft beim Landwirtschaftsamt eingeholt. Wir haben bei dem Herrn angerufen, der vom Bauamt um eine Stellungnahme gebeten worden war. Er war in Dachau, nicht in Fürstenfeldbruck. Der Fürstenfeldbrucker war offensichtlich nicht da. Er hat den Zaun abgelehnt, wollte aber keine schriftliche Begründung geben, und eine mündliche Begründung hat er nicht zustande gebracht. Er hat aber auf seine Kollegin in Fürstenfeldbruck verwiesen, weil die eigentlich zuständig sei. Obwohl die eigentlich zuständig war, hat er sich eingemischt. Dann haben wir beim Landwirtschaftsamt Fürstenfeldbruck angerufen. Es hieß, wir müssten eine schriftliche Begründung für den Zaunbau liefern, eine Aufstellung des Schadens und einen Lageplan.

(Lachen beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir denen alles zugeschickt. Ende November haben wir beim Landwirtschaftsamt Fürstenfeldbruck angefragt, wo denn die Stellungnahme bleibt. – Schade, dass Kollege Miller nicht da ist; das wäre für ihn sehr interessant, interessanter als eure langweiligen Anträge. – Eine Stellungnahme ist nicht erfolgt, weil sie vom Bauamt nicht beantragt wurde. Deswegen hat das Landwirtschaftsamt keine Stellungnahme abgegeben. Trotzdem haben die uns an die Regierung von Oberbayern verwiesen, weil die Stellungnahme zu speziell sei.

(Unruhe)

Anfang dieses Jahres fand ein Ortstermin statt zusammen mit dem zuständigen Herren der Regierung von Oberbayern. Die haben auch viel Zeit. Die Stellungnahme war positiv. Die Privilegierung war klar. Allerdings darf der Zaun nur 1,80 Meter hoch sein, warum, weiß kein Mensch. Es hieß, die Stellungnahme, die er abgibt, geht an das Landwirtschaftsamt, die können wir nicht haben, die Stellungnahme dürfen sie nur an Behörden geben. Das hat der Herr von der Regierung von Oberbayern gesagt.

Dann – es war schon Februar 2003 – haben wir in Fürstenfeldbruck angerufen, warum es keinen Bescheid gibt. Dort wurde gesagt, sie seien der Annahme gewesen, dass wir ein Duplikat bekommen. Also haben wir erneut warten müssen. Wir haben die Stellungnahme nicht bekommen, weil sie direkt an die Behörden geht, und das Duplikat haben wir auch nicht bekommen. Also haben wir wieder gewartet.

Dann hat das Landwirtschaftsamt doch noch Kontakt mit dem Bauamt aufgenommen. Im März dieses Jahres gab es einen Gesprächstermin im Bauamt mit der Vertreterin des Landwirtschaftsamts und dem Herrn der Regierung von Oberbayern. Die Positionen waren klar. Die Zustimmung konnte eigentlich nicht verweigert werden. Nach einem Hinweis des Landwirtschaftsamts ist klar geworden, dass der Wildschutzzaun zwar genehmigungsfrei ist, aber ein formloser Antrag inklusive Lageplan und Skizze erforderlich ist; das sollten wir beim Bauamt einreichen. Inzwischen war es März 2003. Im Oktober 2002 hatten wir angefragt, ob ein Bauantrag oder Ähnliches erforderlich ist.

(Heiterkeit beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am 1. April haben wir einen Antrag beim Bauamt eingereicht, und – man glaubt es kaum – nach mehrmaligem Anruf haben wir eine telefonische Zusage bekommen. Am 14. Mai dieses Jahres haben wir eine schriftliche Zusage bekommen, dass wir einen genehmigungsfreien Zaun errichten dürfen.

Wenn alles, was in Bayern genehmigungsfrei ist, so abläuft, dann gute Nacht, Herr Huber!

(Lebhafter Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

**Erster Vizepräsident Dr. Ritzer:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. – Herr Staatsminister Huber verzichtet freundlicherweise auf eine zusammenfassende Stellungnahme.

(Beifall bei der SPD und beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt. Ich schließe die heutige Sitzung und wünsche einen angenehmen Abend.

(Schluss: 17.26 Uhr)



